

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Petrárkova 15 • Tel.: 20795, 31400, Rašínova. (ab 21 Uhr): 33555 • Postamt: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13 Jahrgang.

Mittwoch, 11. Jänner 1933

Nr. 9.

Taktische Wendung der sudetendeutschen Nationalsozialisten. Die Flucht aus der Theorie in die Wirklichkeit.

Am vergangenen Sonntag tagte die Gesamtleitung der sudetendeutschen nationalsozialistischen Partei in Prag. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Aufruf an das sudetendeutsche Volk beschlossen, der von einer scharfen taktischen Schwendung der Nationalsozialisten Kunde gibt.

In diesem Aufruf ist die Rede von dem Volkssturzprozess, der in das Verfolgungssystem des gesamten Sudetendeutschums eingeschrieben sei. Die NSDAP habe ihren Kampf um die politische Gleichberechtigung nie als eine Arbeit gegen den Bestand der Tschechoslowakischen Republik aufgefasst, sondern ihren Kampf um die politische Gleichberechtigung des Sudetendeutschums ausschließlich mit politischen und geistigen Mitteln geführt. Wenn ihr andere Mittel von tschechischer, aber auch von deutscher Seite unterboten würden, so seien das Auslegung und Verdrängungen, die entweder völliger Unkenntnis oder denunziatorischer Absicht entsprängen.

Der Hinweis auf die „denunziatorischen Absichten“ ist nach all dem, was sich „Der Tag“ im Zusammenhang mit dem Volkssturzprozess gegen uns erlaubte, als gegen die Sozialdemokratie gerichtet zu verstehen. Die Leitung der nationalsozialistischen Partei hat sich also die ebenso plumpe wie unanständige „Beweisführung“ der „Tag“-Redaktion zu eigen gemacht und dadurch den tschechischen Inhalt ihres Aufrufes völlig entwertet. — Es sei noch einmal festgestellt, daß der deutsche Sozialdemokratie hinsichtlich ihres Verhaltens zum Volkssturzprozess „auf dem Wege“ teil von denunziatorischer Betätigung nachgesetzt werden kann. Davon haben die Herren, die den Aufruf verfaßten und beschloßen, genaue Kenntnis. — Gegen den Bestand des Staates mit anderen als den Mitteln gekämpft zu haben, die die Nationalsozialisten geistig nennen, wollen wir ihnen gern beschreiben. Die „anderen Mittel“ wurden lediglich gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter angewandt. Aber damit ist es jetzt auch vorbei; nicht infolge des Volkssturzprozesses, sondern infolge der Abwechslungen der Arbeiter, die den nationalsozialistischen Kaufholden den Mut zum Versammlungsglauben abkauft haben.

Die große taktische Schwendung, die die Nationalsozialisten vollziehen, wird aus dem Teil ihres Aufrufes ersichtlich, der sich mit der Stellung der sudetendeutschen Parteien hinsichtlich objektiver Befähigung und sachliche Schlussfolgerungen zu zischen bemüht ist:

„Das vergangene Jahr hat gezeigt, daß sich dieses Verfolgungssystem wohl in erster Linie gegen die deutschen Nationalsozialisten richtet, daß es aber darüber hinaus den nationalen Widerstand des gesamten Sudetendeutschums treffen will, um eine Umwälzung der Neuordnung der nationalen Frage ein für allemal zu erzielen

und die auf Gleichberechtigung und Selbstverwaltung gerichtete Politik abzubrechen.“

Diese Entwidlung geht aber allen Sudetendeutschen ohne Unterschied der Partei an. Sie anzubahnen, ist eine Schicksalsfrage nationaler und sozialer Art für alle deutschen Parteien. Wenn daher das zentralistische Prag diese Entwicklung durch eine unerbörte Verfolgung der radikalsten deutschen Partei zu unterbinden versucht, so richten sich letzten Endes diese Schläge gegen das gesamte Sudetendeutschum und nicht nur gegen eine einzelne Partei. Darans ergibt sich unsere Beurteilung des Verhaltens der anderen deutschen Parteien.

Es ist daher nicht das Gefühl der Schwäche oder Vellei um einen Liebesdienst, wenn wir deutschen Nationalsozialisten zur gemeinsamen, nationalen Widerstandsfrent aller Sudetendeutschen, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, aufrufen, in diese nationale Front als eine gemeinsame, nationale Pflicht aller Parteien beizutreten. Wenn die deutschen Nationalsozialisten in ihrem Kampf erlagen, so wäre das nicht nur die Niederlage einer Partei, sondern eine Niederlage des großen, sudetendeutschen Kampfes um Gleichberechtigung und Selbstverwaltung.

Vor wenigen Monaten las man es noch anders. Als Hitler wirklich vor den Toren der Reichsblüte war, konnte sich auch die Partei der Arbeit und Junge in seinem Ruhme. Sie schied sich, an die bürgerlichen Parteien samt und sonders aufzufressen; hochmütig war der Ton ihrer Auftritte, unbeduldsam waren ihre Versammlungsreden.

Nun, da Hitlers Glanz verblüht und die politischen Schlagworte von der rauhen Wirklichkeit auf ihren Gehalt geprüft werden, nun muß Herr Jung „Das Ganze — halt!“ kommandieren und sich gründlich umorientieren.

Die nationale Verständigung in diesem Lande ist allerdings eine Aufgabe, die auch ein „verföhnlicher“ Nationalsozialismus nicht erfüllen kann. Darüber war vor kurzem in dem Aufsatz die Rede, den unser Genosse Dr. Franzel als Antwort auf einen Angriff der „Kotelnik Politika“ und des „Tag“ in unserem Blatte veröffentlicht hat. Die Feststellungen dieses Artikels gelten auch für den neuen Aufruf der sudetendeutschen Nationalsozialisten: nicht die Wiederherstellung der nationalen Fronten, die am höchsten von den tschechischen Nationalisten erhofft wird, sondern die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien, die Verständigung von Klasse zu Klasse wird den Nationalismus überwinden und damit auch dem deutschen Volke zu seinem Recht verhelfen.

dens, der durch die gegenwärtige Spannung in Osteuropa besonders gefährdet erscheint, solche Waffenlieferungen zu verhindern!

Zur Hauptansicht, dessen Sitzungen geheim sind, wurde die Angelegenheit ebenfalls zur Sprache gebracht. Die Sozialdemokraten stellten dort einen Nichtvertrauensantrag gegen die Regierung, der mit den Stimmen der bürgerlichen bei einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde.

Wie es heißt, soll die Angelegenheit aber noch ein diplomatisches Nachspiel haben, da insbesondere von der französischen und tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien bereits Erhebungen eingeleitet worden sein sollen, um die Frage der Waffenlieferungen klarzustellen.

Interpellation in der Pariser Kammer.

Paris, 10. Jänner. (Havas.) Der sozialistische Deputierte Longue richtete heute in der Kammer an den Außenminister die Frage, welche Maßnahmen er mit Rücksicht „auf den Waffentransport von Handfeuerwaffen und Maschinen-gewehren aus Italien nach Ungarn unter der Mitschuld Oesterreichs“ zu treffen gedenke.

Auf dem Wege zur nationalen Selbstverwaltung des Schulwesens

I.

Der sozialdemokratische Schulminister Dézer hat nach langen Vorarbeiten einen Gesetzesentwurf fertiggestellt, der die im alten Oesterreich von allen sozialdemokratischen Parteien erhobene Forderung nach nationaler Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesens zu verwirklichen bestrebt ist. Der Entwurf knüpft zunächst an die schon bestehenden Ansätze der nationalen Selbstverwaltung in der Schulgesetzgebung an, die in der österreichischen Schulgesetzgebung bestanden haben und zum Teil auf Grund des Art. II des Gesetzes vom 28. November 18, Nr. 11, zum Teil auf Grund der Reg.-Vdg. vom 6. November 1924, Nr. 608, bzw. der Reg.-Vdg. vom 12. September 1921, Nr. 185, auch in der Tschechoslowakischen Republik — wenn auch als prov. Einrichtungen — weiter bestanden haben.

Dies gilt sowohl hinsichtlich der Sektionierung der Landesschulräte, wie auch bezüglich der nationalen Teilung der Bezirksschulbehörden.

Und doch besteht vorweg ein gewaltiger Unterschied zwischen der bisherigen

Stellung der Landesschulräte, bzw. ihrer Sektionen und der national sektionierten Landesschulbehörde nach dem Österreichischen Entwurf.

Bisher war — und war seit der Errichtung der Landesschulräte im Jahre 1870 — der Chef der Landesbehörde zugleich der Vorsitzende des Landesschulrates. Dadurch war der ganze Landesschulrat eigentlich nur eine Filiale, im besten Falle eine Nebenabteilung der Landesbehörde, jedenfalls von dieser im hohen Grade abhängig.

Der neue Entwurf beseitigt diese Abhängigkeit der höchsten Schulbehörde des Landes von dem Landesamt, (so heißt jetzt die politische Landesbehörde) schon äußerlich dadurch, daß er ihr einen eigenen Vorsitzenden gibt. Zwei Drittel der Mitglieder des Landesschulrates sind Vertreter der Bevölkerung, ein Drittel der Mitglieder wird von der Lehrerschaft gewählt. Von den Vertretern der Bevölkerung wählt die Landeshauptstadt je 1 Vertreter in den Landesschulrat, die übrigen wählt der Landesauschuß, bzw. die Landesvertretung. Im Landesschulrat in Prag, Brünn und Pilsen werden 24 Vertreter der Bevölkerung und 12 Lehrervertreter sitzen, im Landesschulrat in Ungvar 9 Lehrervertreter und 18 Vertreter der Bevölkerung. Schon darin liegt vom demokratischen Standpunkt ein bedeutender Fortschritt, daß alle diese Vertreter gewählt werden, denn bisher wurden die Lehrervertreter — es waren in jeder Sektion nur 2 — ebenso ernannt — früher vom Kaiser, jetzt vom Staatspräsidenten — wie die Vertreter der Religionsgenossenschaften und die stimmberechtigten Beamten und Landesschulinspektoren.

Die Landesbehörde selbst wird nur durch zwei Abgeordnete mit beratender Stimme im Landesschulrat vertreten sein.

Landesschulräte werden im ganzen vier errichtet, n. zw. in Prag, Brünn, Pilsen und Ungvar. Alle diese Landesschulräte werden sektioniert und zwar erhalten die Landesschulräte Prag und Brünn eine tschechische und eine deutsche Sektion, der Landesschulrat in Pilsen eine slowakische und eine magyarische, der Landesschulrat in Ungvar eine ruthenische und eine magyarische Sektion.

Allerdings werden die Sektionen zahlenmäßig nicht gleich sein, denn die nationale Minderheit wird im Landesschulrat nach dem Bevölkerungsverhältnis vertreten sein. Die nationalen Sektionen werden durch Ju-

saumenfassung der der gleichen Nation angehöriger Vertreter der Lehrerschaft und der Bevölkerung im Landesschulrat gebildet, so daß in Böhmen, wie in Mähren-Schlesien das Verhältnis der Zahl der Mitglieder der deutschen Sektion zu jener der tschechischen Sektion so ziemlich wie 1 zu 3 sein dürfte. Da aber jede Sektion in nationalen Angelegenheiten einen selbständigen Wirkungskreis hat und die Plenarversammlung des Landesschulrates nur zur Entscheidung über dem Schulwesen beider Nationen gemeinsamen Fragen, bzw. zur Erstattung pädagogischer Gutachten allgemeiner Natur zusammentritt, so spielt die zahlenmäßige Stärke der beiden Sektionen keine große Rolle.

Dafür erfährt die nationale Sektionierung der Landesschulräte noch einen weiteren Ausbau.

Während bisher der Vorsitzende der Landesbehörde, bzw. der von ihm bestellte Vorsitzende — Stellvertreter des Landesschulrates zugleich gemeinsamer Vorsitzender der beiden Sektionen des Landesschulrates war, sollen nach dem Entwurf (sobiel Stellvertreter im Landesschulrat ernannt werden, als der Landesschulrat Sektionen hat. Diese Bestimmung läßt darauf schließen, daß der Stellvertreter des Vorsitzenden, der zugleich Vorsitzender jeder der beiden nationalen Sektionen des Landesschulrates sein wird, jener Nation entnommen werden soll, für die die betreffende Sektion errichtet worden ist.

Der Entwurf will aber auch die kleinen nationalen Minderheiten, die zahlenmäßig so schwach sind, daß sie nach dem Verhältnismäßigkeitsrecht eine Vertretung im Landesschulrat nicht erlangen können, von der Mitarbeit im Landesschulrat nicht vollständig ausschließen. Darum enthält er die Bestimmung, daß — wenn eine solche nationale Minderheit, die nach ihrer Kopfzahl keine Vertretung im Landesschulrat bekommt, im Lande doch wenigstens 100 Lehrer hat, ein „überzähliger Vertreter“ in den Landesschulrat entsendet, der dort beratende, im Verwaltungssinnat — von dem später noch die Rede sein wird, jedoch auch beschließende Stimme hat.

Zweifellos sollen dem Landesschulrate auch neben den ständigen Vertretern der Lehrerschaft und der Bevölkerung noch die referierenden Beamten, die Landesschulinspektoren, die Vertreter des Landesfinanzamtes, der Amtsarzt der Landesbehörde und ein technischer Beamter derselben angehören, denen — mit Ausnahme der Landesschulinspektoren — aber von rechts wegen nur beratende Stimme zustehen sollte.

Dem Grundzuge der nationalen Selbstständigkeit der Schulbehörden wird vollends Rechnung getragen, bei der Bildung der

Bezirksschulbehörden.

Die Bezirksschulbehörde erhält jetzt wieder den Titel „Bezirksschulrat“, den sie vor dem Umsturz führte. Auch die Bezirksschulräte werden von den politischen Bezirksbehörden losgelöst. In jedem politischen Bezirke wird in der Regel auch ein Schulbezirk errichtet und sind die Grenzen der beiden Verwaltungsgebilde dann identisch. Befindet sich jedoch im Bezirke eine nationale Minderheit, die wenigstens 30 Prozent der Bevölkerung umfaßt und mindestens zehn Schulen hat, so wird für diese auf dem Gebiete des politischen Bezirkes ein eigener Bezirksschulrat errichtet, der seine Tätigkeit nur auf die Schule der nationalen Minderheit erstreckt. In diesen Fällen befinden sich dann in einem politischen Bezirke zwei selbständige Bezirksschulräte, einer für die Schule der nationalen Mehrheit, der

Nachspiel im Nationalrat.

Dr. Deutsch macht die Regierung für die Waffenlieferungen voll verantwortlich.

Wien, 10. Jänner. (Eigendruck.) Im Nationalrat wurde heute die Angelegenheit der italienischen Waffenlieferungen über österreichisches Gebiet zur Sprache gebracht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch stellte im Finanzauschuß fest, daß die Regierung ohne jeden Zweifel die Verantwortung für diese Schiedung trage. Die Regierung habe zugesagt, daß sie von der Waffenlieferung gedenke, und es sei festgestellt, daß mit Hilfe der Regierung diese Waffen unter tschechischer Deklaration über Oesterreich transportiert wurden.

Der Regierung war diese Anklage der Sozialdemokraten sichtlich unangenehm. Die anwesenden Regierungsmitglieder suchten den Abgeordneten Deutsch am Sprechen zu hindern und beriefen sich dabei auf eine angebliche Vereinbarung, die Angelegenheit nur in geheimer Sitzung zur Sprache zu bringen. Dr. Deutsch erwiderte sofort energisch, von einer solchen Vereinbarung könne keine Rede sein.

Die Sozialdemokraten halten es für ihre erste Pflicht, im Interesse des internationalen Frie-

andere für die Schule der nationalen Minderheit. Erreicht die nationale Minderheit nicht den Prozentsatz 30, so würden die Schulen der nationalen Minderheit der Verwaltung des nächsten gleichsprachigen Bezirksschulrates unterstellt. Auf keinen Fall können sie der Aufsicht eines anderssprachigen Bezirksschulrates unterstellt werden. Aus prinzipiellen Gründen sollte freilich — um die Analogie mit dem Sprachenrecht beizubehalten — lieber der Prozentsatz 20 gewählt werden. Die Bezirksschulräte sollen ähnlich zusammengesetzt sein, wie die Landes- und Bezirksräte, deren nationale Sektionen, d. h. die Zahl der Vertreter der Bevölkerung wird doppelt so groß sein, wie die Zahl der Lehrervertreter. Die letzteren werden von den Lehrern des Bezirkes — wenn zwei national getrennte Bezirksschulräte errichtet werden — von jenen Lehrern im Bezirke gewählt, für die der betreffende Bezirksschulrat bestimmt ist. Auf 50 Lehrer entfallen zwei Vertreter, auf 100 Lehrer 3, auf 200 solche 4 und bei einer größeren Zahl von Lehrern werden 5 Vertreter gewählt. Die Vertreter der Bevölkerung wählt die Bezirksvertretung. Wenn es sich aber um national getrennte Bezirksschulräte handelt, beteiligen sich an der Wahl nur jene Bezirksvertreter, deren Volkszugehörigkeit mit der Unterrichtssprache der Schule, für die der Bezirksschulrat errichtet wird, übereinstimmt.

Vorsitzender des Bezirksschulrates soll nicht mehr ein politischer Beamter (bisher der Bezirkshauptmann) sein, sondern der Bezirksschulinspektor. Dadurch soll der Bezirksschulrat seines bisherigen Charakters als der Bezirksbehörde förmlich untergeordnete Körperschaft entkleidet und schon äußerlich als selbständige, rein pädagogische Körperschaft gekennzeichnet werden. Den Stellvertreter des Vorsitzenden wählt der Bezirksschulrat aus seiner Mitte. Ob freilich die Doppelstellung des Bezirksschulinspektors als Hauptreferent im Bezirksschulrat und zugleich dessen Vorsitzender in der Praxis nicht auf schwer überwindliche technische und administrative Schwierigkeiten stoßen und ob da nicht allzuviel Macht in eine Hand vereinigt wird, darüber wird noch zu sprechen sein. Die Verbindung der Bezirksschulräte mit der politischen Bezirksbehörde wird nur dadurch hergestellt, daß die letztere zwei Vertreter mit beratender Stimme in den Bezirksschulrat entsendet. Städte mit eigenem Statut bilden selbständige Stadtschulräte, für deren Bildung und Zusammenstellung die gleichen Vorschriften gelten, wie für die Ortschulräte.

Analog wie die Bezirksschulräte sollen auch

die Ortschulräte

zusammengesetzt sein. Auch sie bestehen zu zwei Dritteln aus Vertretern der Bevölkerung und zu einem Drittel aus Vertretern der Lehrerschaft. Die ersteren wählt die Gemeindevertretung, die letzteren die Lehrerschaft der Schulgemeinde. In allen Gemeinden, wo Schulen verschiedener Nationen sich befinden, wird für die Schulen jeder Nation ein eigener Ortschulrat gebildet. So wie der Bezirksschulrat soll auch der Ortschulrat nur aus gleichsprachigen Mitgliedern bestehen. Mit 1. Jänner 1921 waren bekanntlich auf Grund des Gesetzes Nr. 292/20 die national getrennten Ortschulräte aufgehoben und für tschechische und deutsche Schulen nur ein gemeinsamer Ortschulrat errichtet worden. Hinsichtlich der Verwaltung der Minderheitsschulen wird ebenfalls eine Neuverteilung geschaffen. Diese soll darin bestehen, daß die Mitglieder der Ortschulräte, die die Schulen in Vertretung des Ministeriums zu betreiben haben, nicht mehr von diesen ernannt, sondern von jenem Teile der Ortschulbevölkerung, für die die Minderheitsschule bestellt ist, gewählt werden und zwar in doppelter Zahl wie die Lehrer, die dem Ortschulrat angehören.

Ehe wir zur allgemeinen Vertretung des Entwurfes übergehen, sei noch auf eine Neuverteilung hingewiesen, die der Schulverwaltung im alten Österreich ebenso fremd war, wie bisher der Schulverwaltung der Tschechoslowakischen Republik. Es sind dies die sogenannten

Verwaltungsenate,

die bei den Landes- und Bezirks- und deren Sektionen, wie auch bei den Bezirksschulräten errichtet werden sollen. Sie sind offenbar als Bindeglied zwischen dem Präsidium und dem Plenum der eben genannten Schulbehörden bestimmt. Sie sollen aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern der betreffenden Körperschaft bestehen, von denen einer den Vertretern der Bevölkerung, der andere den Vertretern der Lehrerschaft entnommen wird.

Um die Bedeutung dieser Neuverteilung im Schulverwaltungsorganismus richtig zu würdigen, muß man sich vor Augen halten, daß

sowohl in den Landes- und Bezirks- als auch in den Bezirksschulräten alle Macht bis her in den Händen der Vorsitzenden, also der politischen Beamten lag, die sie — und zwar mitunter recht ungern — mit den Landes- bzw. Bezirksschulinspektoren teilten. Sämtliche laufende Angelegenheiten — und was konnte nicht als solche betrachtet werden — wurden nach den geltenden Vorschriften im Landes- bzw. im Bezirksschulrat, wie im Bezirksschulrat vom Vorsitzenden allein erledigt. Nur solche Fälle, wo ein Gutachten zu erstatten, Anträge an das Ministerium zu stellen oder eine Entscheidung zu fällen war, sollten nach dem Gesetze vor das Plenum des Landes- bzw. des Bezirks- oder Landes- bzw. Bezirks-Plenums kommen, doch wurde durch das Gesetz dem Vorsitzenden das Recht eingeräumt, in „dringenden Fällen“ — was man wollte, war immer „dringlich“ — auch dem Plenum vorbehaltene Angelegenheiten selbst zu erledigen.

In der Praxis aber hat sich — mit Bedauern muß dies festgestellt werden — der unmögliche Zustand herausgebildet, daß die Vorsitzenden, selbst lauter staatliche Beamten in den meisten Fällen die betr. Schulbehörde — so wie die Bezirks- oder Landesbehörde — autoritativ nach ihrem Sinne geführt haben und daß das Plenum meist nur zur „nachträglichen Genehmigung“ der vom Vorsitzenden getroffenen Verfügungen und Entscheidungen einberufen worden ist. Die Vertreter der Bevölkerung, wie der Lehrerschaft waren von der tatsächlichen Einflußnahme auf die

Führung der Landes- und Bezirks- und Bezirks- in der Praxis so gut wie ausgeschaltet, diese Schulbehörden waren — einige rühmliche Ausnahmen abgerechnet — ein Machtinstrument in den Händen der staatlichen Bürokratie und standen unter der Diktatur ihrer Vorsitzenden. Dies soll jetzt anders werden und dazu sollen eben die Verwaltungsenate dienen. Es muß nur verlangt werden, daß an die Verwaltungsenate alle jene Rechte und Befugnisse übergehen, die bisher die Vorsitzenden der Landes- und Bezirks- und Bezirks- inne hatten, daß aber die Ämten, die bisher dem Plenum des Landes- und Bezirks- und seinen Sektionen, bzw. den Bezirksschulräten zustanden, unangetastet bleiben. In diesem Falle, aber auch nur in diesem — würden die Verwaltungsenate einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Demokratisierung der Schulverwaltung bedeuten.

Auf keinen Fall könnte dem zugestimmt werden, daß dem Verwaltungsenat ein Teil jener ohnedies so gering bemessenen Kompetenzen übertragen wird, die heute noch dem Gesetze dem Landes- bzw. Bezirks- Plenum oder den Bezirks- und Landes- Körperschaften zustehen, denn darin läge nicht ein Schritt zur Demokratisierung, sondern zur Entdemokratisierung der genannten Schulbehörden und die darin sitzenden Vertreter würden zu einem Schattenbausein verurteilt und das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung an dem Schulwesen extotiert werden.

Das Budget des vierten Krisenjahres.

Genosse Hadenberg über die undankbaren Aufgaben des Siebenerausschusses.

Prag, 10. Jänner. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, der den ganzen Tag die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag weiterführte, besaßte sich Genosse Hadenberg, der Vertreter unserer Partei in dem Siebenerkomitee, das die undankbare Aufgabe der Beratung und Ausgleichung des Budgets auf sich nehmen mußte, in ausführlicher Weise mit den von verschiedenster Seite gegen die Kommission erhobenen Anwürfe. Er schilderte dabei eindringlich die Zwangslage, in die sich dieser Ausschuß durch das noch während seiner Beratungen immer höher anschwellende Defizit im Staatshaushalt versetzt sah, und die Schwierigkeiten, die sich der Bewältigung einer derart großen Aufgabe in so kurzer Zeit naturgemäß entgegenstellen mußten.

Wenn hierbei der Ausschuß nicht überall bis in die kleinsten Details das Richtige getroffen, sondern vielleicht da oder dort schärfer durchgegriffen hat, als unbedingt notwendig gewesen wäre, so kann man dem Ausschuß dafür nicht die volle Verantwortung aufbürden. Die Erfahrungen des Ausschusses können aber für die neue Kontrollkommission ebenso wie für die gründlichere Vorbereitung des Budgets in den kommenden Jahren ein wertvoller Fingerzeig sein.

Redner geht zunächst auf die Bemerkung Mayr-Horings ein, daß die Bürgerblockregierung große Kassenbestände angehäuft habe, die von der gegenwärtigen Koalition „leichtfertig“ verausgabt worden seien, und konstatiert, daß es in der Zeit einer guten Konjunktur etwas leichter war als jetzt, Kassenbestände anzuhäufen, und daß es auch leichter war zu wirtschaften.

Für keine Behauptung, daß die gegenwärtige Koalition „leichtfertig“ wirtschaftete, ist Herr Mayr-Horings den Beweis völlig schuldig geblieben.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Auswirkungen der Krise auch im Staatshaushalt in Form von Steuererhöhungen zeigen müssen. Nicht zuletzt wirkt sich in diesen Rückschlüssen aber auch das von der früheren Regierungskoalition beschlossene Steuererzeugnis aus, das eine ganz bedeutende Entlastung der Besitzenden herbeigeführt hat!

Die gegenwärtige finanzielle Situation, die zu solchen Trostlosigkeiten des Staatsvoranschlags für 1933 geführt hat, wurde aber in erster Linie verursacht durch den

Minderertrag der staatlichen Unternehmungen.

Es war für den Siebenerausschuß keine geringe Ueberraschung, als er während seiner Beratungen erfuhr, daß auch die Einnahmestellen des vorberesteten Budgets noch zu hoch gegriffen waren und daß man namentlich bei Bahn und Post mit einem weiteren Abgang von über einer halben Milliarde rechnen müsse für die eine neue Bedeckung gründen werden mußte. Bei dem Defizit der Bahnen handelt es sich nicht nur um eine vorübergehende Krisenerscheinung. Redner verweist auf die feinerartige Abbaupolitik, bei der dieselbe das eingetretene, noch arbeitsfähige Personal abgebaut, aber bald durch alle möglichen Protektionen ersetzt wurde, die erst wieder lange eingearbeitet werden mußten. Seltens wurden mehr Leute neu aufgenommen als man feinerzeitig abgebaut hatte. Daran ergab sich natürlich eine erhebliche Belastung der Staatskasse da man ja den Abgebauten entsprechende Rückgehälter zahlen mußte.

Die Hauptursache für das Defizit der Bahnen liegt aber auch nicht in der Arbeitslosigkeit, sondern in dem katastrophalen Rückgang des

Güterverkehrs, der daraus resultiert, daß die Fabriken stehen und keine Rohmaterialien, keine Fertigwaren und keine Kohle besitzend sind.

Andererseits ist in der Krisenzeit bei gesunkener Steuerkraft der Bevölkerung der Bedarf des Staates zur Aenderung der Not viel größer als in normalen Zeiten. Leider ist bei uns noch keine entsprechende Arbeitslosenfürsorge geschaffen worden, die nur in der obligatorischen Arbeitslosenversicherung bestehen könnte. Das Center System muß in der Krise versagen und zu einer Gefahr für die Genossenschaften gestalten. Es ist Pflicht des Staates, für die Arbeitslosenfürsorge — namentlich auch für die produktive Fürsorge — die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Am schrecklichsten ist die Arbeitslosigkeit für Jugendliche, die noch nicht in den Produktionsprozeß eingereicht werden konnten; auf die Beschäftigung dieser Jugendlichen muß das Hauptaugenmerk angewendet werden!

Bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge müßten auch die Selbstverwaltungskörper eingreifen, die allerdings zum großen Teil dazu unerschaffen sind. Umso dringender ist das Bedürfnis, daß der Staat solche Mittel zur Verfügung stellt. Im Vorjahre betrug der Aufwand für die Arbeitslosenfürsorge 800 Millionen; heuer sind für diesen Zweck 750 Millionen eingestellt. Diese außerordentlichen Ausgaben hat man in normalen Zeiten nicht.

Wenn man da das Gleichgewicht im Budget herstellen will, da ist eine Droßelung der Ausgaben unvermeidlich!

Hadenberg teilt die Ansicht der Opposition, daß der Siebenerausschuß keine parlamentarische Körperschaft gewesen sei; gegenüber dem früheren Zustand war der Siebenerausschuß aber immer ein Fortschritt! Natürlich bestritt er auch das noch nicht. Wir würden es begrüßen, wenn man bezüglich der Beteiligung der Opposition an der Vorbereitung parlamentarischer Angelegenheiten einen Schritt weitergehen könnte, aber ich kann mir nicht gut vorstellen, daß ein Subkomitee des Budgetausschusses, zusammengesetzt aus allen Parteien des Hauses, diese Arbeit durchzuführen imstande wäre, die der Siebenerausschuß bewältigt hat! Es wäre zur Lösung der gestellten Aufgaben überhaupt nicht gekommen, abgesehen davon, welche Zeit notwendig gewesen wäre, um alle die Reden über sich ergehen zu lassen.

Es ist selbstverständlich, daß die vorgenommenen Abstriche Unzufriedenheit und Unwillen auslösen müssen.

Man hat zunächst versucht, durch Droßelungen im Voranschlag eine Mehrbelastung der Bevölkerung durch neue Steuern zu vermeiden, und hat sich mit der Hoffnung getragen, daß es gelingen wird, vielleicht sogar den angekündigten Gehaltsabbau zu vermeiden. Erst später, als sich herausstellte, daß man auch mit den veranschlagten Einnahmen nicht rechnen konnte, hat es sich gezeigt, daß die Abstriche allein nicht ausreichen!

Redner verwahrt sich dagegen, daß in manchen Ressorts die Maßnahmen des Siebenerausschusses nicht immer loyal geboten wurden, so in der Frage der Streichungen bei den Reisebüros im Eisenbahnbereich und in der Frage der Löhne bei der staatlichen Wasserverwaltung.

Bei allen Kapiteln wurden auch die Subventionen gekürzt, sogar beim Fürsorge- und beim Gesundheitsministerium, obwohl hier die Kürzung nur schwer tragbar ist, ebenso wie beim Schulministerium, wo die Subventionen sogar zu 90 Prozent gekürzt wurden!

In diesem Zusammenhang setzte sich Genosse Hadenberg auch ausführlich mit der geplanten

Fürsorge für Arbeitslose auseinander und konstatierte, daß die kürzlichen Beratungen im Fürsorgeministerium über diese Frage leider ergeben haben, daß die Aufrechterhaltung der Krankenversicherung ohne Beiträge nicht möglich ist, da die Anstalten alle ihre Reviden aufgebracht haben. Die Unternehmungen wollen keine Beiträge leisten, die Arbeitslosen können es nicht. Etwas vom Staat zu bekommen, erwies sich auch als ausgeschlossen. Man will nunmehr die Angelegenheit auf charitativem Wege einer Lösung zuführen.

Wir sind uns dessen bewußt, erklärte Hadenberg weiter, daß die Arbeit des Ausschusses der Kritik ausgesetzt ist, daß sie nicht gründlich sein konnte. Ich stimme aber mit dem Referenten überein,

daß die Bemühungen fortgesetzt werden müssen, ein Budget zustande zu bringen, das der Tragfähigkeit der Bevölkerung entspricht. Dazu werden nicht nur alleits guter Wille, sondern auch Reformen notwendig sein, vor allem eine Verwaltungsreform, die den ganzen Mißgang und die Kompetenzen regelt. Das sind sehr dringende Fragen!

Wie schwerfällig heute der Verwaltungsapparat arbeitet, dafür führte Genosse Hadenberg zwei typische Beispiele an, eine Grundstücksarrondierung längs eines Eisenbahngleises und die Überquerung der Bahnstrecke durch eine Lichtleitung, die eine Unmenge an Kommissionen verhängen, obwohl die eigentlichen Arbeiten zumindest im zweiten Fall längst durchgeführt sind. Hier wäre es leicht möglich, weitere Erparnisse zu machen und so das vom Referenten gesteckte Ziel zu erreichen, daß man die Voranschläge nicht nur ins Gleichgewicht bringt, sondern auch der Tragfähigkeit der Bevölkerung anpaßt, indem man den Voranschlag dort noch weiter herabsetzt, wo es nicht mehr tut!

Das ist aber nur möglich bei einer gründlicheren Arbeit, als sie der Siebener-Ausschuß leisten konnte.

Wir hoffen, daß die neue Spar- und Kontrollkommission bei der Überprüfung der Staatssachrechnungsabläufe Erfahrungen ansammelt und diese Erfahrungen auch bei der Zusammenstellung der künftigen Voranschläge verwenden wird!

Loyalitätserklärung des Herrn Jung.

Von den sonstigen Rednern des Tages wäre vor allem noch Herr Jung zu erwähnen, der es neuerdings auf sich nahm, seine Partei von jedem Verdacht einer staatsfeindlichen Politik blütenrein zu waschen und alle anderslautenden Ansichten als glatten Unsinns hinzustellen.

Jung erklärte nachdrücklich, daß die Nationalsozialisten nur die Forderung nach nationaler Autonomie erheben, keineswegs nach Aufrichtung des Dritten Reichs, geschweige denn mit Gewalt. Die nationalsozialistische Politik verfolge mit oder ohne Hitler die Beseitigung des polnischen Korridors und den Anschluß Österreichs an Deutschland, beides mit Zustimmung Frankreichs, Italiens und Englands, weil ohne diese Zustimmung ein europäischer Krieg hervorgerufen würde, in dem Deutschland zugrunde gehen müßte. Das Urteil im Volksport-Prozeß fußt auf der falschen Annahme, daß das Dritte Reich mit Gewalt durchgeführt werden soll.

Agrarier gegen Landarbeiter.

Wie wir dem „Land- und Forstarbeiter“ (2003) entnehmen, wird von den Schatzmachern unter den Agrariern versucht werden, die Löhne der Landarbeiter neuerlich abzubauen. In den Lohnverordnungen, die zu Ende des Jahres stattfinden, haben die Agrarier diese Forderung aufgestellt und verlangt, die für die Landarbeiter bisher bestehenden Prämien (Kartoffeln und Getreide) zu streichen und die Neujahrprämie um 50 Prozent zu kürzen.

Die Arbeiter haben diese Forderung der Unternehmer abgelehnt, weil es ganz ausgeschlossen ist, einer weiteren Verminderung des Einkommens der Landarbeiter zuzustimmen. Die Löhne der Landarbeiter sind niedrig, der Tagelöhner hat einen Lohn, der sich zwischen 0.70 und 1.45 K pro Stunde bewegt, dazu bekommt er noch etwas Kartoffeln und Getreide. Der Deputierte ist etwas besser daran, weil er eine regelmäßige Beschäftigung hat und etwas mehr verdient. Aber auch sein Einkommen ist kein großes, denn der Lohn bewegt sich zwischen 0.80 und 1.50 K und das Deputat deckt durchaus nicht alle Bedürfnisse der Familie, so daß der Deputierte zu kassieren muß.

Trotz dieser schlechten Lebenslage der Landarbeiter verlangen die Agrarier den Abbau der Löhne bis auf das Niveau des Jahres 1923. Dagegen müssen sich die Landarbeiter wehren, sich organisieren und den Abwehrkampf eröffnen.

Volksportarten eingelangt.

Prag, 10. Jänner. Heute langten vom Kreisstrafgericht in Prag beim Justizratsausschuß des Abgeordnetenhauses die Akten über die Strafsache der Abgeordneten Kreds, Ing. Jung, Schubert, Knirsch und Kasper ein. Die Akten wurden vom Vorsitzenden des Justizratsausschusses Abg. Jurek in Empfang genommen, der in dieser Angelegenheit Bericht erstatten ist und der nach deren Studium spätestens in zehn Tagen eine Sitzung des Justizratsausschusses einberufen wird.

2070 Millionen Mark Fehlbetrag des Reichshaushaltes für 1932.

Berlin, 10. Jänner. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk jährte im Haushaltsanschluß des Reichstages aus, daß für 1932 ein Steuerauskommen von 7464 Milliarden Mark vorgesehen gewesen sei. Man werde mit einem Minderauskommen von rund 800 Millionen bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, so daß sich einschließlich des Extraordinariums von 470 Millionen aus früheren Jahren Ende des Rechnungsjahres 1932 ein Fehlbetrag von 2070 Millionen ergeben werde. Dies sei ein finanzielles Ergebnis, das in Anbetracht der durchlebten schweren Krise erträglich erscheine.

Die Schulden des Reiches betragen am 31. Dezember 1932 12.264 Millionen Mark.

5.773.000 Arbeitslose

Berlin, 10. Jänner. Am Jahresende waren bei den Arbeitsämtern rund 5.773.000 Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169.000.

Aus dem Personenkreis der öffentlichen Fürsorge wurden Ende Dezember rund 2.375.000 Arbeitslose nach den Vorschriften der Reichsregierung als Wohlfahrtsverderbliche anerkannt.

Bedeckungsvorschläge für das französische Deizit.

Paris, 10. Jänner. Zu der Vorlegung des Finanzministers betreffend die Deckung des Budgetdefizites von 10.541 Millionen Frank wird von offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß der Finanzminister verschiedene Ersparungen, hauptsächlich in der Verwaltung, in der Höhe von 6326 Millionen Frank und die Erhöhung verschiedener Direkter und indirekter Steuern in der Gesamthöhe von 5423 Millionen Mark vorschlagen werde, so daß sich ein Ueberschuß von 208 Millionen ergeben würde. Außerdem will der Minister eine innere Konsolidierung anleihen ausschreiben, die hauptsächlich zum Ausgleich der früheren Abgänge verwendet würde.

Sprengstoffdepot der Wiener Nazis von einem ausgeschlossenen SA-Mann verraten.

Wien, 10. Jänner. (Eigenbericht.) In Wien wurde heute wieder ein Sprengstofflager der Nationalsozialisten beschlagnahmt, und zwar auf Anzeige eines aus der Partei ausgeschlossenen SA-Mannes. Die Polizei nahm daraufhin in einem Haus im belebtesten Wiener Bezirk eine Hausdurchsuchung vor, bei der eine große Zahl von Paketen mit insgesamt 44 Kilogramm des außerordentlich gefährlichen Sprengstoffes Ammonit beschlagnahmt wurden. Zwei führende Parteimitglieder, die in diese Angelegenheit verwickelt sind, wurden in Haft genommen.

Es scheint, daß das aufgedeckte Lager eine Zentralkasse für nationalsozialistische Terrorakte bilden sollte und daß von hier aus auch Räden nach Deutschland gingen. Auf dieses Ergebnis hin hat die Polizei in den frühen Abendstunden auch das Braune Haus in Wien besetzt, um dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen; die Durchsuchung dürfte erst im Laufe der Nacht beendet werden.

Kriegsflieger über Oesterreich.

Graz, 10. Jänner. Die „Grazzer Tagespost“ berichtet aus Radkersburg: Sonntag nach 14 Uhr überflogen fünf große Flugzeuge, von Rärnten kommend, die Stadt. Die Apparate erregten großes Aufsehen. Man vermutet, daß es italienische Flugzeuge waren, die ihren Weg nach Ungarn nahmen.

Eine weitere Meldung aus Marburg besagt, daß am Sonntag um 15 Uhr über dem Kurort Radeim sechs italienische Kriegsflugzeuge geschaltet wurden, die so niedrig flogen, daß man die Sicherheitszeichen deutlich erkennen konnte. Die Maschinen verschwanden in der Richtung gegen die ungarische Grenze.

Lodierung der österreichischen Devisenbewirtschaftung?

Wien, 10. Jänner. Die österreichische Nationalbank bereitet der „Neuen Freien Presse“ zufolge für die nächste Zeit eine weitgehende Lodierung der Devisenbewirtschaftung vor. Noch in dieser Woche wird die Genfer Entscheidung über den Vorbehalt auf die neue österreichische Anleihe erwartet. Unmittelbar nach dieser Entscheidung wird die Nationalbank Devisenleichterungen bewilligen, deren Ziel die vollständige Aufhebung der Devisenbewirtschaftung ist, sobald sie genügend ausländische Zahlungsmittel zur Deckung des Umlaufes zur Verfügung hat.

Dr. Bennecke ausgeliefert.

Dresden, 10. Jänner. Der Rechtsanschluß des sächsischen Landtages hat die Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennecke entsprechend dem Antrage des Generalstaatsanwaltes mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten genehmigt.

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten.

von 15 von der Arbeitslosigkeit schwer betroffenen Gebieten: 13 deutsche.

Wir haben dieser Tage das Ergebnis der Zählung der Arbeitslosen am 31. Dezember 1932 gebracht und dargelegt, wie sehr die Arbeitslosigkeit im Monate Dezember gestiegen ist. Nachstehend wollen wir ein Bild davon geben, wie sich die Arbeitslosigkeit in den industriellen deutschen Gebieten viel stärker auswirkt als im tschechischen Gebiete, indem wir jene 15 Bezirke anführen, welche die meiste Arbeitslosigkeit aufweisen. Es sind dies:

1. Groß-Prag 41.626
2. Sibirien 15.137
3. Pilsen 14.615
4. Tetschen 14.244
5. Reichenberg 13.568

6. Teplic-Šonau 12.340
7. Böhm.-Leipa 12.017
8. Brüx 11.237
9. Karlsbad 10.916
10. Komotau 10.336
11. Reibitz 9.330
12. Ruzsch 9.153
13. Trautenau 8.379
14. Aisch 7.733
15. Graslitz 7.405

Wie man sieht, sind darunter, abgesehen von den beiden tschechischen Industriegebieten Prag und Pilsen, durchwegs deutsche Bezirke. Die deutsche Bevölkerung leidet unter der Krise tatsächlich mehr als die tschechische.

Vor dem zweiten Fünfjahrplan.

Eine optimistische Rede Stalins.

Die offizielle russische Telegrammagentur verleiht eine Rede Stalins, die einen Bericht über die Durchführung des ersten und eine Voraussage über den zweiten Fünfjahrplan darstellt. Wie nicht anders zu erwarten, hebt Stalin besonders die Entwicklung der russischen Wirtschaft nach der technischen Seite hervor, während er der Lage der arbeitenden Klassen weniger Beachtung schenkt und in seiner Kritik der bolschewistischen Wirtschaftspolitik längst nicht so weit geht wie die Presse Sowjetlands.

Die wichtigsten Stellen der Rede Stalins lassen wir hier folgen:

Moskau, 10. Jänner. (TASS.) Stalin erklärte in seinem in der Plenarsitzung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Russlands abgegebenen Berichte:

Als der Fünfjahrplan das Licht der Welt erblickte, dachten viele, daß er eine private nationale Angelegenheit der Sowjetunion sei. Die Geschichte aber zeigte, daß seine internationale Bedeutung unermesslich und daß der Fünfjahrplan Sache des gesamten internationalen Proletariats ist.

Stalin konstatierte, daß auf dem Gebiete der Durchführung des Planes mehr getan wurde, als die höchsten Köpfe der kommunistischen Partei erwarten konnten. Wir hatten keine Hüttenindustrie, keine Traktoren, keine Automobilindustrie, keine Maschinenbauindustrie, keine wirklich moderne chemische Industrie, keine seriöse Produktion moderner landwirtschaftlicher Maschinen und keine Flugzeugindustrie. Alle diese Industrien haben wir jetzt. Die Sowjetunion rückt auf dem Gebiet der Elektrizitätserzeugung und Erdölproduktion voran auf einen der ersten Plätze auf. Wir schufen neue Grundlagen für Kohlen- und Hüttenwerke im Osten, die den Stolz unseres Landes bilden. In der nächsten Zukunft werden wir zwei neue Basen für die Textilindustrie in Mittelasien und in Sibirien haben. Dies führte dazu, daß die kapitalistischen Elemente für immer aus der Industrie endgültig verdrängt wurden und die sozialistische Industrie die einzige Industrieform in der Sowjetunion überhaupt wurde. Unser Land wurde aus einem Agrarland ein Industrieland, und der Anteil der Industrieproduktion in bezug auf die landwirtschaftliche Erzeugung stieg von 48 Prozent zu Beginn des Planes auf 70 Prozent im vierten Planjahr. Es gelang uns, das Programm der gesamten Industrieproduktion, das für fünf Jahre berechnet war, zu 93,7 Prozent zu erfüllen und den Umfang der Industrieproduktion im Vergleich zum Vorkriegsstand mehr als zu verdreifachen und im Vergleich zum Stande 1928 mehr als zu verdoppeln. Der Fünfjahrplan für die Schwerindustrie sei zu 108 Prozent erfüllt worden. Das Gesamtprogramm des Planes erfüllen wir nicht um sechs Prozent, doch ist dies darauf zurückzuführen, daß die Sowjetunion infolge der Weigerung einiger Nachbarländer hinsichtlich des Ab-

schlusses eines Nichtangriffspaktes und infolge der Komplikationen im Fernen Osten eine Reihe von Fabriken auf die Produktion moderner Verteidigungswaffen umstellen mußten, wodurch die bisherigen Lücken in der Wehrfähigkeit des Landes ausgefüllt wurden. Ohne diesen Umständen hätte die Sowjetunion den Fünfjahrplan sicherlich überholt. In bezug auf die Wehrfähigkeit verwandelte sich die Sowjetunion aus einem Schwachen nicht wehrfähigen Lande zu einem mächtigen, gegen alle Zufälligkeiten gewappneten Lande, das alle modernen Verteidigungswaffen im Massenumfang erzeugen und seine Armee im Angriffsfalle von außen versorgen kann.

Zur Industrialisierung erklärte Stalin weiter, wenn die jährliche Zunahme der Industrieproduktion in der ersten Fünfjahrplanperiode durchschnittlich 22 Prozent ausmache, so seien für den zweiten Fünfjahrplan 13,14 Prozent in der jährlichen Zunahme anzusetzen. Für 1933 sei eine Zunahme von 16 Prozent vorgesehen, während für die kapitalistischen Länder eine jährliche Zunahme von 5 Prozent ein unerreichbares Ideal darstelle. In der ersten Fünfjahrplanperiode habe es die Sowjetunion verstanden, mit Enthusiasmus und Pathos den neuen Aufbau zu organisieren; jetzt müsse sie die Sache durch den Enthusiasmus und Pathos des Vertrauensmachens mit den neuen Fabriken und der neuen Technik, durch seriöse Steigerung der Produktivität der Arbeit, durch entschiedene Herabsetzung der Selbstkosten ergänzen. Die Partei führte den Fünfjahrplan in vier Jahren durch und organisierte im Laufe von etwa drei Jahren 200.000 Kolchose und etwa 5000 kollektivistische Großgrundbesitze, wobei sie gleichzeitig die Anbaufläche in vier Jahren um 21 Millionen Hektar vergrößerte. Die Kolchose vereinigen nun in sich mehr als 60 Prozent der Bauernwirtschaften mit mehr als 70 Prozent der gesamten Bauerngrundbesitze, was dreimal mehr ist, als vom Fünfjahrplan erwartet wurde. Die Partei erreichte, daß anstatt 600 Millionen Rubel Getreide, die in der Zeit der Bauernbewirtschaftung geerntet wurden, nun jährlich etwa 1400 Millionen Rubel unter Dach gebracht werden.

Die Erfolge des ersten Fünfjahrplanes bedeuten nicht, daß wir auch im zweiten Fünfjahrplan die Politik des beschleunigten Tempos fortsetzen sollten.

Wir haben die materielle Lage des Arbeiters und Bauern schon insoweit gebessert, daß diese nicht mehr mit Besorgnis dem morgigen Tage entgegensehen müssen, denn wir haben ein für allemal den Unterschied zwischen dem landwirtschaftlichen Kulisken und dem landwirtschaftlichen Arbeiter beseitigt und damit den Bauerntum auf dem Lande vernichtet. Natürlich haben wir die völlige Sicherstellung der materiellen Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern noch nicht erzielt und werden sie in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch nicht erzielen, aber die Situation wird von Jahr zu Jahr besser.

Die Unruhen in Spanien dauern an.

Neue Zusammenstöße in Barcelona.

Paris, 10. Jänner. Nach den Madrider Informationen des „Matin“ sind bei den sonntäglichen Unruhen in Barcelona und Katalanten 30 Personen ums Leben gekommen. In der Nacht auf heute wiederholten sich die Unruhen in Barcelona, Sevilla, Granada, hauptsächlich aber in Valencia und in den benachbarten Städten. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden zahlreiche Personen verletzt und mehrere getötet. Die größte Zahl der Toten wird aus Pedralba gemeldet, wo bei den Zusammenstößen dreizehn Personen, zehn Zivilisten und drei Polizisten getötet wurden. Dort haben die Anarchisten das Rathaus in Besitz genommen. Größere Zusammenstöße werden noch aus den Gemeinden Verida, Bugarra, Grás und anderen gemeldet.

Vor einem Generalstreik in Sevilla?

Madrid, 10. Jänner. Nach einer Meldung aus Valencia wurden drei Polizisten getötet, als

sie in die Ortschaft Bugarra eindringen, wo die Aufständischen das Rathaus besetzt hatten. In Grás wurde ebenfalls ein Polizist getötet. In Sevilla wurden am Mittwoch mehrere Brände gelegt. In einer Tuchfabrik explodierte eine Bombe, richtete aber, abgesehen von zerbrochenen Türen und Fensterscheiben, nur geringen Schaden an. In einem anderen Teil der Stadt steckten Terroristen mit Hilfe von Benzin einen großen Kaufladen in Brand und verletzten einen Wächter durch Revolverkugeln. Alle Bahnhöfe werden streng bewacht. Am Mittwoch traten die Bäder in Sevilla in den Streik, doch werden Schritte unternommen, um die Bevölkerung heute mit Brot zu versorgen. Für den heutigen Dienstag soll ein Generalstreik geplant sein. — In Granada explodierte vor einem Kandidaten eine Bombe. — In Madrid wurden drei Personen tot aufgefunden, und zwar ein Mann, eine Frau und ein junges Mädchen. Alle drei sind von unbekanntem Täter durch Revolverkugeln getötet worden.

Der kommunistische Streik in Brüx.

Wie Absenzen zustande kommen.

Nach einer Information unseres Brüxer Parteisekretariats erfahren wir zu dem von der kommunistischen Presse groß aufgemachten „Kommunistischen Streik in Brüx“ folgendes:

Auf dem „Herfaleschacht“ ist Dienstag früh die Hälfte der Belegschaft eingefahren. Nachmittags fand dann eine Versammlung der Kommunisten statt, so daß nur ein Viertel der Belegschaft einfuhr. Die Versammlungsteilnehmer kamen eine Viertelstunde zu spät und wurden an diesem Tage nicht mehr an die Arbeitsstelle zugelassen. Der Streik auf diesem Schacht entstand also aus dem Zusammentreffen der Leute.

Der „Ignis[schacht“ ist nur ein Vorrager, auf dem gegen 40 Leute arbeiten. Es fällt also diese Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bergarbeiter überhaupt nicht ins Gewicht. Aber auch da weiß man nicht, ob überhaupt gestreikt wurde.

Auf dem „Kolumbus[schacht“ dürfte die Lage so ähnlich wie auf dem „Herfaleschacht“ gewesen sein. Die Kommunisten werden eine Versammlung abgehalten haben, so daß die Leute zu spät an der Arbeitsstelle erschienen.

Von einer Einstellung der Arbeit auf den anderen in der „Internationale“ und im „Vorwärts“ angegebenen Schächten ist nicht das geringste bekannt.

Bomben und Ausreden.

Die Japaner rücken weiter vor.

Tokio, 10. Jänner. (Reuter.) Das japanische Hauptquartier teilt mit: Nach einem kurzen Gefecht wurde heute früh die Stadt Tschinmen-tau erobert. Die japanischen Flugzeuge bombardierten einige chinesische Militärlagerungen, welche sich in der Richtung nach Schimentshaj, zehn Meilen westlich, zurückzogen.

Tokio, 10. Jänner. Wie aus Tschintschu gemeldet wird, hat eine japanische Kavallerieabteilung das Städtchen Tschinmanlan, das in der Nähe von Schanhaiwan auf der chinesischen Seite der Großen Mauer liegt, „ohne Schwertstreich“ besetzt. Die Besetzung dieses Ortes, der einen Engpaß beherrscht, wird von japanischer Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Tschanghsuehjangs in die Provinz Jehol zu verhindern.

Beiping, 10. Jänner. Die Japaner unternehmen mit Bombenflügen einen Angriff auf die chinesischen Streitkräfte innerhalb der Chinesischen Mauer längs der Grenze der Jehol-Provinz. Bei diesem Angriff kam es zu kleinen Scharmatzen westlich von Schanhaiwan. Was das Gebiet innerhalb der Chinesischen Mauer betrifft, so sind nach den bisher vorliegenden Meldungen keine militärischen Operationen oder Manöver zu verzeichnen. Wie es scheint, begnügen sich Chinesen und Japaner augenblicklich mit der Instandsetzung ihrer Verteidigungslinien.

Ein Hakenkreuz-Mörder gefaßt.

Angeklagte „No'wehr“ als A'srede.

Berlin, 10. Jänner. Der politischen Polizei ist es gelungen, die Bluttat aufzuklären, die in der Neujahrsnacht in Lichtenrade verübt wurde. Damals wurde der Arbeiter Erich Hermann von politischen Gegnern erschossen. Der unter dem Verdacht der Täterschaft gestern verhaftete 22-jährige Schlächter Fritz D'issoff, der der NSDAP angehört, hat heute gestanden, den Mord begangen zu haben. Er behauptet, die Tat in Rotwehr begangen zu haben.

Deutschlands größte Sorge.

Militärattachés.

Berlin, 10. Jänner. Wie das Contibüro von zuständiger Stelle erfährt, ist beabsichtigt, zum 1. April d. J. deutsche Militär- und Marineattachés an eine Reihe von deutschen Botschaften und Gesandtschaften zu entsenden. Militärattachés werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Gesandtschaften in Prag und Warschau zugeteilt werden. Marineattachés werden entsandt an die Botschaften in Paris, London und Rom. Einzelne von diesen werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Beratungen über die vierzigstündige Woche

Genf, 10. Jänner. Die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Vorkonferenz für die internationale Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche in der Industrie begann heute vormittags in Anwesenheit von Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus 34 Staaten.

Eine finnische Seefestung in die Luft geflogen.

Helsingfors, 10. Jänner. Die Seefestung Mar Elliot ist, wie die „A. Z.“ meldet, in die Luft geflogen. In der Festung war ein Großfeuer ausgebrochen, das die Munitionslager ergriff. Diese explodierten. Die Annäherung der Lösch- und Rettungsschiffe an den Unglücksort wird durch einen schweren Schneesturm behindert.

Die Festung liegt auf einer Insel, etwa 30 Kilometer von Helsingfors entfernt. Wie das Blatt weiter meldet, sieht man vom Festland aus beständig ungeheure Feuergarben zum Himmel steigen und man hört das Dröhnen schwerer Explosionen. Sieben Kavernen und große Teile der Festungsbauten sollen zerstört sein. Man befürchtet schwere Verluste an Menschenleben.

Zugkatastrophe in Bukarest.

Acht Tote, zwölf Schwerverwundete.

Bukarest, 10. Jänner. Ein schwerer Zugzusammenstoß ereignete sich unweit des Bukarester Nordbahnhofs, auf der Strecke nach Craiova. Dort stießen Dienstag früh gegen 8 Uhr ein Schnellzug und ein Personenzug in voller Fahrt zusammen. Die Wagen des Personenzuges wurden aus den Schienen geworfen. Fünf Wagen sind vollständig zerrümmert. Acht Personen wurden getötet, zwölf schwer, viele leicht verletzt.

der Nähe von Bukarest. Danach erlitt heute früh um 6.30 Uhr, etwa zwölf Kilometer von Bukarest entfernt, der Personenzug einen Motorschaden. Der Lokomotivführer wußte, daß der auf derselben Strecke folgende Schnellzug etwa 20 Minuten hinter ihm lag und hielt seinen Zug an. Der Führer des Schnellzuges aber hatte die fahplanmäßige Geschwindigkeit bedeutend überschritten, so daß der Zeitabstand nicht eingehalten wurde. In der Dunkelheit fuhr der Schnellzug mit einer Geschwindigkeit von 60 Stundenkilometern in die letzten Wagen des Personenzuges hinein. Fünf Wagen dritter Klasse, in denen sich größtenteils Bauern befanden, wurden völlig zerrümmert. Hilfszüge, Kraftwagen, Militär, darunter technische Truppen, wurden aufgeboden, um die Verwundeten aus den Trümmern zu bergen und in die Krankenhäuser zu bringen. Bis zu den Mittagsstunden wurden zehn Tote und 25 Schwerverletzte geborgen. Nach den bisherigen Feststellungen trifft die Lokomotivführer des Schnellzuges die Schuld. Er sowie das gesamte Begleitpersonal des Schnellzuges wurden verhaftet.

Von Bukarest sind sofort Hilfszüge an die Unglücksstelle abgegangen. In Automobilen und Autobussen versuchen die Angehörigen der Fahrgäste des verunglückten Personenzuges möglichst rasch zur Stelle zu sein. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen sind von den Behörden getroffen worden, um einen reibungslosen Ablauf der Rettungsarbeiten zu ermöglichen. Die Rettungsarbeiten sind sehr geheim, weil hier ein Schneefall, der bereits seit zwei Tagen anhält, den Zugang zur Unglücksstelle erschwert.

Der Schnellzugführer ist schuld?

Budapest, 10. Jänner. Der „Fejer Lloyd“ bringt Einzelheiten über das Eisenbahnunglück in

man nämlich hoffen darf, daß die Hauptverletzte keinen dauernden schweren Schaden davontragen wird.

Tagesneuigkeiten

Grubenunglück in Schafjar.

Zwei Tote.

Sonntag nachmittags ereignete sich ein schweres Unglück auf dem Tagbau des Marienschachtes in Schafjar. Plötzlich brach dort eine Wand ein und begrub drei Bergarbeiter unter sich. Die Bilanz dieses Unglücksalles war furchtbar. Die Bergarbeiter Pilschke und Kollar wurden getötet und der Bergarbeiter Heinrich Meißner erlitt außer Quetschungen noch einen Beinbruch.

Schwerer Unfall im Prager Deutschen Theater.

Mehr als zwanzig Chorsänger auf einem Podest eingestürzt. — Eine schwere Verwundung.

Gestern in der Mittagsstunde ereignete sich auf der Bühne des Prager Deutschen Theaters ein schwerer Unfall; während einer Probe stürzte ein Podest ein und riß die daraufstehenden Künstler hinab.

Die Direktion des Theaters gibt über den Unfall folgenden Bericht „nach genauen Ermittlungen“ aus:

Bei der heutigen Probe von „Ophelia und Eurhyle“ von Hind brach ein Podest von 2 Meter 50 Zm. Höhe durch. Auf dem Podest befanden sich etwa 7 bis 8 Mitglieder des Chores. Eine Dame des Chores trug einen komplizierten Bein-Knöchelbruch davon (es handelt sich um Frau Leopoldine Westmüller) und wurde in die Klinik Schlotter zur Behandlung gebracht. Fünf weitere Herrschaften des Chores erlitten Prellungen und leichtere Verletzungen und befinden sich zum Teil in häuslicher Pflege und sind z. T. ab morgen wieder dienstfähig.

Mit der gesamten Deffentlichkeit werden wir uns freuen, wenn das Unglück, das noch viel furchtbarer hätte ausfallen können, in seinen Folgen auf diesen, zwar außerordentlich bedauerlichen, dennoch aber glimpflichen Umfang beschränkt bleibt. Einer unserer Redakteure, der wenige Minuten nach dem Einsturz an Ort und Stelle war, stellte allerdings fest, daß das Prager Podest an die vier Meter hoch war und eine Reihe von Augenzeugen des Unfalls sagte übereinstimmend aus, daß mehr als zwanzig Personen, durchwegs Damen und Herren vom Chor, auf ihm aufgestellt gewesen waren und in die Tiefe stürzten. Weiter wurde unserem Redakteur berichtet, daß außer Frau Leopoldine Westmüller, deren blutige und komplizierte Verletzung erster Natur ist, auch Herr Rudolf Danda eine ernstere Verletzung, nämlich einen Armbruch, erlitt. Neben den Prellungen, Quetschungen und Abschürfungen leichterer Natur traten, wie nicht anders vorstellbar, bei einer Reihe Betroffener kritische Nervenzustände ein, insbesondere konnte bei einzelnen misdetrounten Frauen und Mädchen noch nach Stunden keine Beruhigung festgestellt werden.

Im Theater, besonders unter der Künstlerkastei, deren volles Mitglied mit den Kollegen sich in rührender Weise auferte, herrschte selbstverständlich tiefste Aufregung, die sich erst allmählich legte, als feststellbar war, daß das Unglück sozogen noch halbwegs gut ausgegangen war (sofern

Raubüberfall eines Soldaten auf einen Konsumverein.

Aus Sillein wird berichtet: In Diebstahl-Luzia wurde der Soldat F. des in Sillein stationierten Infanterieregimentes von der Gendarmerie verhaftet. Er war in Zivilkleidung in das Verkaufsstoff der Konsumgenossenschaft Budouost eingedrungen und hatte den Besitzer der Filiale mit einem Revolver bedroht. Es entstand dann ein Handgemenge, in dessen Verlauf ein Schuh lödlig. Der Lärm rief die Frau des Kaufleiters herbei, die nun gleich die Gendarmerie holte. F. wurde am Sonntag in das Militärgefängnis nach Sillein gebracht. Auf bisher unerklärliche Weise gelang es dem Soldaten nun, am Montag aus dem Arrest auszubringen und zu flüchten. F. trug seine Uniform. Es wird angenommen, daß F. einen richtiggeordneten Raubüberfall auf die Filiale des Konsumvereines ausgeführt hat.

Um die Arbeiter- und Schülerkassen.

Samstag fand im Eisenbahnministerium eine Beratung über die Arbeiter- und Schülerkassen statt, deren Vertretung in den betroffenen Kreisen eine begeisterte Erregung hervorgerufen hat. Vertreten war dabei u. a. eine Reihe von Gewerkschaftsorganisationen, darunter auch kommunistische, deren Sprecher, Abg. Babel, sich jedoch durch traffe Unkenntnis des Zustandes auszeichnete, so daß ihn seine eigenen Kollegen auf Irrtümern aufmerksam machen mußten. In der Beratung gaben die Vertreter der freien Gewerkschaften ebenso wie die der tschechisch-nationalsozialistischen Gewerkschaften die Erklärung ab, daß eher eine allgemeine Preiserhöhung der Arbeiterkassen als die Herabsetzung der Einkommensgrenze zu ertragen sei; auf Grund von Erhebungen wiesen sie nach, daß

durch die Herabsetzung der Einkommensgrenze eine größere Zahl von Angestellten und dies viel empfindlicher getroffen wird, während eine Erhöhung des Preises der Arbeiterkassen um zehn Prozent bei einer Entwertung von 5 bis 10 Kilometern nur etwa 50 bis 250 Heller wöchentlich betragen würde. Bei den Wochenrückfahrkassen würde die Erhöhung bis 100 Kilometer etwa 10 bis 100 Heller betragen. Wenn es jedoch bei der eingeführten Herabsetzung der Einkommensgrenze bliebe, dann würde die Erhöhung im Einzelfalle 80 bis 100 Kronen monatlich betragen, da dann der volle Fahrpreis bezahlt werden muß.

Die Gewerkschaftsvertreter eruchten deshalb das Ministerium, die getroffenen Maßnahmen zu überprüfen und für die Kurzarbeiter vorläufig von einer Erhöhung überhaupt abzusehen.

Was die Schülerkassen betrifft, so gaben die Vertreter des Ministeriums die Erklärung ab, daß die Kinder Arbeitsloser von der Erhöhung befreit werden sollen; was die übrigen Schülerkassen anlangt, so soll die Angelegenheit noch einmal überprüft werden.

Die Gewerkschaftsvertreter verlangten, daß von der Verdoppelung des Preises überhaupt Abstand genommen werde; soweit sich eine Preiserhöhung als unumgänglich erweist, so soll sie nach dem Einkommen abgestuft werden.

Walgin wird gerettet.

Roslan, 10. Jänner. Nachdem sich der Sturm gelegt hat, ist die Mannschaft des havarierten russischen Eisbrechers „Walgin“ an Nord zurückgekehrt. Das Frachtgut des Schiffes wird zur Zeit durch Schaluppen gelöst. Die Mannschaft trifft Vorkehrungen, um bei Anfaß von Eisschiffen den Eisbrecher frei zu machen. Der von Murmanf ausgelassene Eisbrecher „Denin“ und der Dampfer „Kruslan“ werden morgen oder übermorgen an der Unfallstelle eintreffen.

Neue Explosion in Rathenow.

Rathenow, 10. Jänner. Im Werk Prennitz der J. G. Farben ereignete sich heute nachmittags zwischen 15 und 16 Uhr ein schweres Explosionsunglück, bei dem es wiederum eine Reihe von Schwer- und Leichtverletzten gegeben haben soll. In der sogenannten Versuchsstelle zerbrach mit lautem Knall ein großes Leitungsröhre. Die Trümmer richteten im weiten Umkreise große Verwüstungen an. Die Firma ließ das Werk sofort nach dem Unfall sperren, so daß es bisher nicht möglich war, näher an die Unfallstelle heran zu kommen.

Die J. G. Farben teilt zu der Explosion mit: In der Rumpffabrik Prennitz bei Rathenow ereignete sich heute ein Betriebsunfall bei dem ein Schweißarbeiter und zwei Leichtverletzte zu beklagen sind. Der Unfall entstand durch ein Bersten des Betriebspersonals bei der Pumpstation für Schwefelkohlenstoff. Ereignis im Zusammenhang mit der Explosion am 7. Dezember 1932 besteht nicht.

„Im Dienst war er gut“. So sagten übereinstimmend die SA-Kameraden des wegen Ermordung seiner schwangeren Geliebten angeklagten Frankfurter SA-Mannes Stabenrauch. Im Dienst war er gut — er hat sich bei vielen Zusammenstößen der Nationalsozialisten mit politischen Gegnern als brutaler, rücksichtsloser Draufgänger erwiesen. Also war er ein geradezu vorbildlicher Hitlermann, war er „im Dienst gut“, und weil er es war, weil er seinem ganzen Wesen nach so vortrefflich sich für diesen Dienst eignete, steht er nun als Mörder seiner Geliebten vor Gericht. Denn der Nationalsozialist, der wirklich „im Dienst gut“ ist, muß ein roher, brutaler Kerl sein, dem Gesundheit und Leben anderer Menschen gleichgültig sind, der Freude an der Gewaltanwendung hat, — er muß gewissenlos sein, niedrig denken, — und je mehr von allen diesen völkischen Eigenschaften er hat, ein um so besserer SA-Mann wird er sein. Selbstverständlich gehört dazu auch Freigebit. Alle Wohlthäter sind im Innersten ihres Wesens feig. Wie feig der Draf ist, hat er ja beim Abschluß jenes Abenteurers gezeigt,

Aus der Welt der Millionäre.

Kreuger hat etwa vier Milliarden veruntrent.

Stockholm, 10. Jänner. Nach dem gestern veröffentlichten Bericht der Revisoren hat der schwedische Ländholzkönig Ivar Kreuger, der bekanntlich im März des Jahres 1932 in Paris Selbstmord verübt hat, 115.776.000 Dollar (etwa 4 Milliarden K) von den Einlegergeldern veruntrent. Außerdem ist der Revisorenaußschuß zu der Ansicht gelangt, daß Kreuger durchaus nicht so ein internationales Handelsgenie war, für das er mit Unrecht gehalten wurde. Die Revisoren haben die Bücher von 160 Gesellschaften in Europa, Nord- und Südamerika, die an den Unternehmungen Kreugers beteiligt waren, geprüft, doch betrifft ihr Bericht hauptsächlich das Kiefernunternehmen Kreuger & Toll. In dem Bericht wird konstatiert, daß die Durchführung von Manipulationen mit Millionen Dollar bei den einzelnen Gesellschaften Kreuger dadurch ermöglicht wurde, daß er über die ganze Gruppe ein wahres Diktatorregime ausübte. Die Betrügereien in einem solchen Umfange, schließt der Bericht, konnten freilich nicht ohne Mit-

wissen zahlreicher Gesellschafter erfolgen. Auch eine falsche Buchführung spielte hierbei eine Rolle.

Coolidge hinterläßt eine Milliarde ...

Northampton (Staat Massachusetts), 10. Jänner. Gestern wurde festgestellt, daß der verstorbene ehemalige Präsident Calvin Coolidge ein kurzes Testament hinterlassen hat, in dem er seinen ganzen Nachlaß seiner Frau vermacht. Coolidges einziges Kind, John Coolidge, ist im Testament nicht erwähnt, weil ihm Coolidge während seiner Präsidentschaft, zur Zeit als John heiratete, eine Rente sicherte. Das von Coolidge zurückgelassene Vermögen wird mit 32.250.000 Dollar (etwa 1 Milliarde K) beziffert. Der von Coolidge während seiner Präsidentschaft in Washington abgefahrene letzte Wille Coolidges wird wahrscheinlich dem Bezirks-Richteramt in Hampshire zur Genehmigung vorgelegt werden.

Militärbilot bei der Notlandung tödlich verunglückt.

Prokisk, 10. Jänner. Am Dienstag um 14 Uhr 15 Minuten startete der Zugführer Franz Wächler aus Baskina bei Kalin an dem hiesigen Militärflugplatz zu einem Übungsfluge. Bei dem Fluge verirrte er sich weit östlich und beschloß deshalb, ungefähr 1,5 Kilometer südöstlich von der Gemeinde Prubete an dem Felde eine Notlandung vorzunehmen. Sieb schante er infolge des frisch gefallenen Schnees die Höhe schlecht ab, das Flugzeug stieß auf den gefrorenen Ackerboden auf und wurde vollkommen zerrümmert. Zugführer Wächler fand hierbei den Tod.

Nach dem Unglück herbeigeeilte Landbewohner verständigten den Militär-Flugübungskommando in Prokisk. An die Unfallstelle begab sich oben eine technische Militärkommission, um die Ursache des Unfalls festzustellen.

das er mit dem Schoure einleitete, am nächsten Tage entweder Sieger oder tot zu sein — Hitlers Getreuer Sturbenrauch war tapfer genug, ein neunzehnjähriges Mädchen zu Mutter zu machen, aber zu feig, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Er war „männlich“ genug, Nordpläne mit „Kameraden“ zu verabreden, und er war pöflicher Bulle genug, vor der Ernennung des Geliebten noch einmal mit ihr geschlechtlich verkehren — ja, so sind eben Hitlers rauh krieger —, aber er ist zu feige, zu feiner zu stehen, sie zu verantworten, er leugnet jetzt nachdem er während des Untersuchungsverfahrens schon den Mord eingestanden hatte und es leugnete auch seine zwei Mitbefel. Das hat man ja auch „im Dienst“ gelernt das unermüdlige Lügen. — Uebrigens was auch die Tat ganz genau wie eine im Dienst verübte, wie es der eine Freund dem Sturbenrauch geraten: „häng ihr doch einen Stein an den Hals, da versinkt sie!“ — Und nachdem es geschehen war, fragte der andere Freund: „Na, ist sie erledigt?“ Eine Phrase, die gerade zu dem deutschen Vortisch der SA-Mannschaften entlehnt ist. Man „erledigt“ den Gegner — wozum nicht auch die unangenehm gewordene Geliebte? Ganz wie „im Dienst“, versteht sich.

Die Soldatenelbstmorde. In Breslau ist sich Sonntag abends der Soldat Roman de Artillerieregimentes Nr. 202 in der Kaserne im feinsten Dienstgeehr eine Angel durch den Kopf gejagt. Er war sofort tot. Roman kam aus Karpodathorland und hat einen Brief hinterlassen, in welchem er als Motiv des Selbstmordes angibt, daß sein Bruder ihn um die Erbschaft gebracht habe.

Die Toten der „Niobe“. An der Küste von Süd-Saaland war eine Leiche angetrieben worden, in der man einen Toten der „Niobe“ erkannte. Das Artilleriegeschulboot „Trache“ ist die Leiche nach Kiel übergeführt, wo der Leich als der Schiffszug der „Niobe“, Marineoberstabsarzt Dr. Sander erkannt wurde. Nach einer Trauerfeier in Kiel-Wal wird die Beerdigung am 17. Dezember 1932, nach Aufgeisland übergeführt.

Zwei Kinder beim Eislaufen ertrunken. In Roschau wird berichtet: In Halls ist auf dem See bei Roschau ein riesiger Eiseis. Im Winter herrscht strenges Verbot, auf dem Eise des Teichs Schlittschuh zu laufen. Die beiden Kinder des Eisbahndahners Dravec im Alter von 8 und 11 Jahren gingen trotz dem Verbote auf den leicht zugefrorenen Teich und brachen im Eis ein. Beide Kinder sind trotz der schnellen Rettungsaktion ertrunken.

Ein Aushafen bei Rißbüchel. Die Hiesige Aushafen-Gesellschaft plant die Errichtung ein privaten Aushafens am Schwarzen See bei Rißbüchel, dessen Eisdecke im Winter für den Eis- und die Landung von Fingungen ausgenutzt werden soll. Mit der Aufnahme des Winterangewerks noch Rißbüchel kann gerechnet werden, sobald die Genehmigung des Handelsministeriums vorliegt. Von der genannten Gesellschaft dürfen zwei Flugzeuge in den Dienst gestellt werden.

Neue Gruppe in der Fürsorge für Schwachköpfige. Auf Initiative des Ministeriums für soziale Fürsorge fand am 16. Dezember v. J. beim Landesamt in Prag die zweite Beratung über den Ausbau der organisierten Fürsorge für Schwachköpfige in Böhmen statt. An der Beratung nahmen der Vertreter des Gesundheitsministeriums, der stehenden Sektionen des Landesamtes, sämtliche hiesiger Institute für Schwachköpfigenpflege sowie hervorragende Faktoren und langjährige Mitarbeiter auf dem Gebiete der Schwachköpfigenpflege.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen Donnerstag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 18.20: Tauschsendung: Dr. Rouda: Neue Bücher. 19.20: Lieber. 20.20: Der Winterabend. 21.10: Frühkonzert. 18.35: Deutsche Sendung: „Hannibal“, Reich — Währ.-Osterr. 18.30: Deutsche Sendung: Buchfest: Ueber den Tod des Lebens. 19.30: Wälschsendung. 19.30: Kammerorchester. 20.30: Der Verdammen von Romund. — Breslau: 20: „Bohott“, Hörspiel. 21.10: Wälschsendung: Wälschsendung. 18.35: Wälschsendung: Wälschsendung. 19.30: Wälschsendung: Wälschsendung. 20: Wälschsendung: Wälschsendung. 21: Wälschsendung: Wälschsendung.

Der Aufenthalt Trotzki's in Antwerpen.

Meine Antwort auf seinen Offenen Brief.

Von Emile Vandervelde.

Genosse Trozki!

Ein Freund der einst, als Sie das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel besuchten, Ihr Freund gewesen ist, hat mir vor einigen Tagen die Nummer der „Berita“ mit dem Offenen Brief überhandelt, den Sie an mich richteten, mir aber nicht zukommen ließen.

Ich will sofort darauf antworten, zunächst weil er eine Besonntung enthält, der ich entgegenzutreten will, sodann weil er mir die Gelegenheit gibt zu sagen oder besser zu wiederholen, was ich von der Art und Weise denke, in der Sie bei Ihrem Aufenthalt im Hafen von Antwerpen behandelt wurden.

Sie schreiben zu Beginn Ihres Briefes, daß die russischen Sozialisten-Revolutionäre, die gleich mir an die Demokratie glauben, seinerzeit gegen Sie den terroristischen Kampf eröffneten, Lenin verwundet und verhaftet haben, Ihren Militärzug in die Luft zu sprengen; und daß Sie, als Sie vor das Sowjetgericht gestellt wurden, in mir einen ihrer barschesten Verteidiger fanden.

Lassen Sie mich, bitte, die Tatsachen feststellen. Es ist wahr, daß die Männer, für die Sie Siebnacht, Kurt Rosenfeld und ich im Jahre 1922 in Moskau plädierten, von zwei mehr als verdächtigen Persönlichkeiten beschuldigt wurden, die Anführer oder die Mörder bei den Attentaten auf Lenin und auf Sie gewesen zu sein.

Aber wenn sich etwas im Verlaufe der Verhandlungen klar herausgestellt hat, so ist es die völlige Haltlosigkeit dieser Anschuldigung und ich wiederhole, was ich in einer noch unklarer Mitleid von uns veröffentlichten Broschüre („Le procès des socialistes révolutionnaires à Moscou“, Bruxelles, Librairie du Peuple 1929) geschrieben habe:

„Das Zentralkomitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre teilte an der Verantwortung für die Ermordung Wolodarski's, für die Attentate auf Trozki und Lenin? Das ist im Moskauer Prozeß die Frage, die einzige Frage, die das sozialistische Proletariat wirklich beschäftigt. Und wir sagen es deutlich: wenn diese Verantwortung festgestellt worden wäre, so hätte sich keiner unter uns zu dem Versuch bereit gefunden, derartige Handlungen zu rechtfertigen.“

Aber lassen wir das und gehen wir zu dem über, was übrigens der Hauptzweck Ihres Offenen Briefes ist.

Sie belagern sich selbstverständlich nicht, aber Sie hätten jehmal das Recht, sich über das Verhalten zu belagern, das die belgischen Behörden während Ihrer kurzen Landung in Antwerpen Ihnen gegenüber an den Tag legten.

Man hat Ihnen verboten, an Land zu gehen. Man hat um Ihr Schiff herum ein groteskes Aufgebot von Polizeikräften zusammengezogen. Man hat Sie wegen Ihrer Papiere schikaniert. Man hat alle Reforde des Mangels an Gollfreundschaft geschlagen und Ihnen, Ihrer Frau und Ihren Begleitern die Erlaubnis verweigert, während der wenigen Stunden die Stadt zu besuchen; ich kenne Sie und Genossin Trozki gut genug, um nicht zu erraten, wie schmerzhaft es für Sie war, die alten hässlichen Meister im Museum und das Rubensgemälde in der Notre Dame nicht wiedersehen zu dürfen.

Wir in Brüssel haben von alledem selbstverständlich nichts gewußt; ich persönlich wurde erst durch ein Telegramm eines Ihrer Reisebegleiter, worin dieser gegen diese unfreundliche Haltung Beschwerde einlegte, unterrichtet. Unsere sozialistischen Zeitungen haben dieses Telegramm sofort veröffentlicht und sich dem Prozeß angeschlossen, den es enthielt.

In der Beurteilung dieser Dinge sind wir also durchaus einer Meinung; aber es scheint mir, eßenständen jehlich erstannlich, daß Sie diese lächerliche „Antwerpener Episode“ dazu benutzen, um nach zehn Jahren auf einen anderen von mir unterzeichneten Offenen Brief zurückzukommen, den Sie unbeantwortet gelassen hatten, und um bei dieser Gelegenheit die Demokratie und besonders die Sozialdemokratie anzugreifen.

In Belgien wie in der Schweiz ist die Fremdenpolizei, wie wir schon oft gesagt haben und wogegen wir vergebens anzupömpfen versuchten, ein Willkürregime geblieben. Die bürgerliche Koalitionsregierung, die Ihnen verboten hat, belgischen Boden zu betreten, ist die Fortsetzung jener Regierungen, die einst Marx, Herzen, P. J. Proudhon und Victor Hugo ankündigten haben. Wir stehen gegen dieses Regime seit den fünf Jahren, die es besteht in einer unerbittlichen Opposition, und es hing nicht von uns ab wenn das „demokratische Mittelrecht“ nicht so gewahrt worden ist, wie es gewahrt worden wäre, wenn ein Sozialdemokrat an der Spitze des Justizministeriums gestanden wäre.

Aber etwas kann und will ich Ihnen sagen. Ich habe unter den belgischen Sozialisten niemanden, der anders dachte als die Dorfarbeiter, die Fabrikarbeiter, die häuslichen Proletarier, die auf dem Wege zur Arbeitstätte im Vorübergehen grüßten.

Wir sind seit dem Krieg entschlossene Gegner geworden und werden es sicherlich auch bleiben. Sie haben uns angefaßt und nun es wiederum gegen alle Berechnungen in Ihrem Brief die Vertreter der Russischen Revolution gewesen zu sein, weil wir nicht der Auffassung waren, daß die

revolutionären Möglichkeiten von einem Ende Europas bis zum anderen überall die gleichen seien. Es sind sechzehn Jahre her, daß wir uns trafen, als wir im Mai 1917 zusammen von Helmingfors nach Petrograd triffen; und während der Jahre, die seitdem vergangen sind, haben Sie mir und meinen Freunden gegenüber nicht mit Beschuldigungen und selbst Beschimpfungen gespart.

Aber wenn wir, solange Sie noch ein mächtiger Mann waren, Ihnen keine Antwort schuldig geblieben sind, so hat sich alles geändert, seitdem Sie ein Besiegter, ein Verbannter, ein Gschächter geworden sind.

Ich denke oft an Sie und an die andern: an Katschubski, der in einen verlorenen Winkel im Süden Sochalsk verbannt worden ist; an Katschubski, den Schöpfer des wunderbaren Marx-Engels-Institutes, der wegen intellektueller Verbindungen mit Wenschevitsch nach Sibirien deportiert wurde; an alle, die sich trotz allem manchmal lösen müssen, daß die, wenn auch bürgerliche, Demokratie vom Standpunkt der politischen Freiheit aus hinter anderen Systemen nicht zurücksteht.

Und wenn ich Sie sehe, vertrieben aus Ihrem revolutionären Vaterland, überall zurückgestoßen von einer Art internationaler Verschwörung der Regierungen, die entweder eine Gefälligkeit für die Moskauer Diktatur oder, wie bei uns, die blinde und bornierte Feindschaft gegen alles ist, was mit der Russischen Revolution zusammenhängt, wenn ich sehe, wie Sie durch die Passverweigerung auf die Insel, wohin man früher

mit die herrenlosen Hunde von Konstantinopel zum Verenden brachte, verbannt und interniert sind, dann wünsche ich aus ganzem Herzen, daß Sie jene Bewegungsfreiheit wiedererhalten, die man bis jetzt den Verbannten und Verfolgten immer gewährt hat.

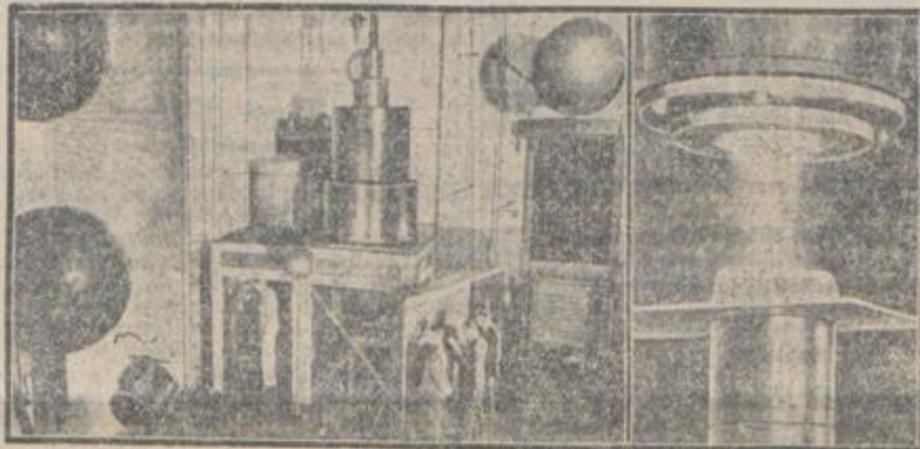
Als ich aus den Zeitungen erfuhr, daß Sie Antwerpen berührt werden, war mein erster Gedanke, hinzufahren, um Sie noch so langer Zeit wiederzusehen und Ihnen diese Dinge von Angesicht zu Angesicht zu sagen. Ich habe es nicht getan, weil der Stand unserer persönlichen Beziehungen mich annehmen ließ, daß mein Besuch von Ihnen nicht in dem Geiste aufgenommen werden würde, in dem er von mir gemacht worden wäre.

Ich möchte außerdem hinzufügen, daß wenn es bisher eine Ausnahme, eine einzige Ausnahme von dem moralischen Votum, der über Sie verhängt worden ist, gab, diese von einer der sehr seltenen Regierungen kam, in der Sozialisten vertreten sind und daß der einzige Hörsaal, worin Sie seit Ihrem Aufenthalt auf Brinkhops sprechen konnten, die Verlesung von sozialistischen Studenten war, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind.

Ich habe gelesen, was Sie Ihnen gesagt haben. Ich habe auch gelesen, was Sie über die Lage in Deutschland und über die Notwendigkeit schreiben, daß die Proletarier nicht länger gespalten und damit geschwächt bleiben gegenüber den Segnern, die ihnen ans Leben wollen.

Wird die Zeit kommen, wo man auf beiden Seiten verstehen wird, daß sich angesichts der Gefahren, die beide bedrohen, wenigstens einige Berührungspunkte zu gemeinsamer Verteidigung aufdrängen? Ich will es glauben. Ich will es hoffen und in dieser Hoffnung sende ich, indem ich den Arbeitern Belgiens Ihre brüderlichen Grüße übermittele, Ihnen, Genosse Trozki, meine sozialistischen Grüße.

(gez.) Emile Vandervelde.



Der Apparat, der Atome zertrümmert.

In dem Hochspannungslaboratorium der AEA in Berlin hat man mit der links abgebildeten Apparatur Spannungen von 25 Millionen Volt erzeugt, die in Verbindung mit einer von den Physikern Brach und Lange konstruierten Röhre die Zertrümmerung von Atomen ermöglicht haben. Die Wirkung der austretenden schnellen Elektronen wird an einem Stück Metallspat besonders augenfällig gemacht (rechts): das Gesein sowie die darüber befindliche Luft werden zum Leuchten gebracht.

Die „Atlantique“-Katastrophe.

Sabotageakt ausgeschlossen — Das Ansehen der französischen Schifffahrt steht auf dem Spiel — Was werden die Matrosen des verbrannten Schiffes ansagen?

Paris, 9. Jänner. (Via-Ver.) Die Beunruhigung über die Katastrophe des französischen Ozeanriesen „Atlantique“ wird sich nicht so schnell legen. Sie findet schon jetzt ein lebhaftes Echo in der Presse, und sie wird anlässlich einer Interpellation auch den Gegenstand einer Kammerdebatte bilden. Der Grund der Aufregung ist nicht allein im Verlust des drittgrößten Jahrganges der französischen Handelsmarine zu suchen, das mit seinen 42.000 Tonnen einen Wert von über 30 Millionen Franken repräsentiert. Der Unglücksfall erregt weit über die Fachkreise deshalb so große Besorgnis, weil er die Fortleitung einer traurigen Serie von Katastrophen bildet.

Vor der „Atlantique“ sind in einem ungewöhnlich kurzen Zeitraum die „Alfa“ der „Paul Vercat“ und der „George Philippart“ auf ähnliche Weise zu Grunde gegangen. Das scheinbar geringe Prestige der französischen Schifffahrt steht auf dem Spiel, denn die Gefahr liegt nahe, daß die Wahrheit der Seereisen von heute, die kein Willkürregime in ihren Akten haben, auf begrifflicher Furcht um ihr Leben die französischen Schiffe meiden wird. Bei dem erbitterten Kampf der unübersehbaren Verlehrer augenblicklich um jeden Passagier gefürht wird, muß sich dieser psychologische Faktor für die französischen Reedereien in der nächsten Zukunft sehr unangenehm auswirken.

Vom Minister der französischen Handelsmarine, Léon Meyer, der sich sofort beim Bekanntwerden der Unglücksnachricht nach Cherbourg begeben hat, ist eine scharfe Unterredung über die Ursache der Katastrophe versprochen worden. Bei seinem Besuch der getreteten Mannschaften hat er die Matrosen ermahnt, sich bei ihren Jugendansagen keinen Zwang aufzuerlegen, da die Regierung ernsthaft gewillt sei, ein wahrheitsgetreues Bild über die Schuldfrage zu erhalten. Der weitere Verlauf der Angelegenheit wird erweisen, ob diese gut gemeinte Aufforderung wirksam genug war, um den Mund dieser wichtigen Zeugen zu öffnen oder ob die Furcht vor dem Fort der Schiffahrt und die Sorge um die Existenz diese wichtige Erkenntnisquelle

niemals zum Sprudeln bringen wird. Von Seiten der „Navigation Sud-Atlantique, Bordeaux“, der Vorgesetzten des Unglücksfahrzeuges, ist bereits die übliche Erklärung über die Käuflichkeit der Brandursache abgegeben worden, da das Schiff mit allen modernen Sicherheitsvorkehrungen ausgerüstet gewesen sei. Auch der Kapitän Schoof und sein zweiter Kommandant haben bei ihrer Vernehmung nichts anderes gesagt.

Auf die Stimmung der Öffentlichkeit haben diese Verhütungsspielen keine große Wirkung gehabt. Überall werden heftige Anklagen laut gegen die Schiffseignerin, aber auch gegen das gesamte System des Wettrennens um das größte Hochzeugs, um die größte Geschwindigkeit und um den raffiniertesten Luxus — ein Wettrennen, das in der gesamten internationalen Schifffahrt „ungründlich ist und das auch von der französischen ohne Rücksicht auf die Folgen für die Sicherheit der Fahrzeugs mitgemacht wird. Von jahresständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Befriedigung der snobistischen Gelüste der modernen Seereisenden zum höchsten Gesetz geworden sei. Ein Kritiker vergleicht das auf den heutigen Riesenschiffen zwischen Bequemlichkeit und Gefahrenstand bestehende Verhältnis mit einem hinter papierernen Wittern eingeschlossenen Tiger.

Die lächerliche Theorie eines Sabotageaktes der ersten Verichte über den Verlauf der Katastrophe einstimmig abgelehnt worden. Taggen gewinnt die Überzeugung von der Unmöglichkeit des Sicherheitsdienstes immer mehr an Boden. Er hat anscheinend auch nicht im entferntesten der Größe der Gefahren gesprochen, die allein aus dem Vorhandensein des riesigen Apparats zur Befriedigung der Bedürfnisse der Warm und an Röhre drehen und die noch durch die Umwandlung eines solchen Schiffes in einen Schwimmenden Palast mit hölzernen Brunnmöbeln, Stofftapeten, schweren Vorhängen usw. ins Ungewöhnliche gesteigert werden.

Auch im Fall der „Atlantique“ zeigen sich so die Folgen des aus den Tagen gehenden Systems

der kapitalistischen Wirtschaft. Aus dem Aberglauben an die Allmacht der Technik und im Bemühen um die äußere Wirkung, bei der aber um Gotteswillen der Profit nicht zu kurz kommen darf, wird vollkommen vergessen, wie dem rasenden Apparat im Notfall die Zügel anzulegen sind. Dazu kommt noch das Vertrauen der Reedereien auf die allen Gesetzen der Wirtschaft widerstrebende Subventionspolitik der Regierungen, die aus Gründen des nationalen Prestiges Privatunternehmungen öffentliche Mittel ohne Kontrolle zur Verfügung stellen.

h j

Die Fibel.

Ein proletarisches Lesestück.

So erzählte er mir:

Meine Großmutter liegt jetzt schon fast zehn Jahre draußen und ich war damals kaum der Schule entlaufen. Aber das sterbende Weibchen hat mir eine Lehre hinterlassen, die ich wohl nie vergessen werde und sollte ich hundert Jahre alt werden.

Da kam öfter eine auch nicht mehr ganz junge Tante zu uns. Dann umso öfter, je länger Großmutter schon auf ihrem Krankenzimmer zubrachte und je weniger sie Miene machte noch einmal aufzustehen. Sie wußten ja: sie hat zum Schluß dann mehr als achtzehn Monate fest gelegen. Während dieser Zeit, als das langsame Ju-Ende gehen niemandem mehr verborgen sein konnte, kam diese Tante öfter zu uns. Wir durchschauten ihre Gedanken und hatten sicher heimlich darüber gelacht, wenn die Begleitumstände keine so traurigen gewesen wären.

Einmal als ich bei ihrem Fortgehen mit ihr bis zur Haustür ging, nahm sie mich beim Arm und legte ihren Mund recht nahe an mein Ohr: „Ist dir das nicht schon aufgefallen: die Großmutter verliert was vor uns?“

Ich war zu sehr mit dem Gedanken an ihr mögliches und ja nicht mehr aufzubaltendes Hin-gehen beschäftigt, daß ich die Worte fast überhörte, jedenfalls sie ohne Bedeutung ließ.

„Du mußt eine Erbschaft. Was sollt' sie sonst vor uns verdecken? Wer weiß wie groß der Strumpf mit den Talern ist?“

Heimlich berührt machte ich mich von ihr los. Die Rede fiel in meine von einem dumpfen Schmerz erfüllte Seele, wie ein Stein in einen in tiefer Dämmerung schimmernden Waldteich.

„Wacht' sie doch noch recht lange am Leben bleiben“, entrug es sich fast ohne meinen Willen meinen Lippen.

„Du willst ihre Schmerzen noch weiter verlängern, wo doch eh keine Hoffnung mehr ist. Wenn sie der Herr doch nur bald erlöste — aber sie verdirgt uns ihr Leipsantes“, entfuhr es ihr. Ich hörte es kaum.

Ich hatte in der letzten Zeit manche Stunde an dem Krankenzimmer gefessen. „Lies mir doch aus der Zeitung vor: ich möcht wissen, was in der Welt vorgeht“, sagte sie dann öfter zu mir.

Sie hatte nie lesen und schreiben gelernt, wohl weil ihr das Spulrad keine Zeit zum Besuch der Schule gelassen hatte. In den Jahren, wo ich ihr diesen kleinen Liebesdienst nicht mehr erweisen konnte, da bin ich mir klar geworden, daß ich ihren Wunsch doch manchmal nicht mit freudigem Gesicht erfüllt habe; daß sie mir vielleicht von der Strin abgelassen hat, wie wenig Freude mir das Vorlesen machte, das Heden am Krankenzimmer, wenn draußen die Sonne schien; die wenigen freien Stunden, die mir neben meiner Väterlehre blieben — an ihrer Seite: Sie hat mich nur nicht merken lassen, wie weh es ihr tat. Aber von jener Zeit an datieren ihre Heimlichkeiten.

Langsam hat sie mit dem Tode getaugen. Aber nach diesen schweren Wochen ist er doch Sieger geblieben. Sie ist gestorben und nun habe ich ihren Verlust erst in seiner ganzen Jürchbarkeit empfunden.

Als wir vom Friedhof zurückkamen, da war auch die alte Tante, von der ich vorhin erzählt habe bei uns.

Ich hab wortlos auf einem Stuhl am Fenster gesessen und hab hinausgestarrt, ohne Sinn und Gedanken für das, was um mich vorging. Ich hatte sie doch sehr lieb gehabt, ich fühlte ich das erst deutlich, wo ich sie verloren hatte.

Da schrat ich im Hindrücken plötzlich auf. Ich sah um mich und merkte, daß ich mit der Tante allein in der Stube war. Unwillig warf die in jornger Enttäuschung die Arsen wieder in das Bett zurück, daß sie durchwühlte hatte. Ein Buch war auf den Tisch gelassen — kein Sparfassenbuch. Und doch mußte die Durchsichtung eine gründliche gewesen sein. Das merkte ich daran, daß das Unterte zu oberst gelebt und alles durcheinander geworfen war. Sogar den Strohsack hatte sie umgelehrt.

„Da hast das Ganze —“ Bosheit und Enttäuschung lag in der Stimme und aus ihrer Miene las ich es, daß die Tante nach Anderem gesucht hatte, als sie auf das Büchel am Tisch wies:

„Da hast die Erbschaft!“

Da nahm ich die Hinterlassenschaft meiner Großmutter zur Hand. Knöchelnd haben meine Hände darauf gerührt.

Es war ein schmales zerklüftenes Bündchen, eine Fibel, wie sie die Kinder im ersten Schuljahr haben. Und eine Nummer des Gewerkschaftsblattes steckte darin, wie es die Arbeiter aus der Arbeit alle Wochen beibringen.

Da wußte ich, daß sie, die hundertjährige, noch auf ihrem Sterbebette lesen gelernt hatte.

Das war ihr Vermächtnis. Ich habe es nicht vergessen. Hans Döhringer.

FÜR TANZ UND GESELLSCHAFT Bata

DAS WICHTIGSTE IHRER TOILETTE SIND DIE SCHUHE. - TADELLOSE, ELEGANTE SCHUHE ERHÖHEN DAS SELBSTBEWUSSTSEIN!

39.-



Elegante und leichte Halbschuhe, mit tadellosem Hochglanz. Elastische Ledersohle.

49.-



Herren-Halbschuhe aus schwarzem Mattbox mit Lack kombiniert. Gummi-Absatz.

69.-



Tadellose Lack-Halbschuhe aus erstklassigem B-2 Material. Bequeme, halbspitze Façon.

69.-



MODE - Schwarz. Sämischleder-Halbschuhe, mit Lack kombiniert. Das beliebteste Modell.

GARNSOCKEN K€ 4.-, FLORSOCKEN MIT SEIDE K€ 6.-. FÜR DIE STRASSE UNSERE GALOSCHEN FÜR K€ 19.-, ODER ÜBERSCHUHE K€ 29.-

PRAGER ZEITUNG.

Der Sonderzug ins Riesengebirge wird, beginnend am Samstag den 11. Jänner, auf Wunsch der Interessenten von Prag bereits um 18.38 Uhr, Wilsonbahnhof, statt um Mitternacht abgefertigt werden. Rückfahrt von Freiheit-Johannisbad Sonntag um 18 Uhr. Preis für eine Person ohne Verpflegung, Bahnfahrt und Autobus nach dem Payer 65 K, mit Verpflegung 108 K, in welchem Preise die Bahnfahrt, Autobus, Seilbahn, Nachtlager, Frühstück und Mittagessen auf der Solofabade, Unfallversicherung und Führung inbegriffen sind. Anmeldungen mit Angabe von 20 K nimmt die Kasse Nr. 13 des Majarskubahnhofes immer bis Freitag abends entgegen. Fahrkartenausgabe Samstag. Bei nicht genügender Teilnehmerzahl wird der Zug nicht abgefertigt.

Gerichtssaal

Auß der Hausherr einen Hauschlüssel ausfolgen?

Das Gericht sagt: Nein.

Prag, 10. Jänner. Ein Mieter, der mit keinem Hausherrn nicht auf dem besten Fuß stand, machte eines Abends, als er ziemlich spät heimkehrte, eine peinliche Entdeckung: der Schlüssel (perre) nicht. Es blieb nichts übrig, als den Hausmeister herauszukallern und das Sperrgeld zu bezahlen. Er verlangte Aufklärung und erfuhr, daß der Hausherr an der Haustür ein neues Schloss habe anbringen lassen, so daß die alten Hauschlüssel nicht mehr nutzbar waren. Die neuen Hauschlüssel aber bekamen nicht alle Parteien des Hauses, sondern nur diejenigen, denen der Hausherr wohlwollte. Und das waren nicht alle. Der eingangs erwähnt Herr, der, wie gesagt mit dem Hausbesitzer „übers Kreuz“ war, befand sich natürlich nicht unter den Glücklichen.

Er brachte beim Bezirksgericht die Klage auf Herausgabe des Hauschlüssels ein. Das Bezirksgericht entschied zu seinen Gunsten und verurteilte den Hausherrn zur Herausgabe des Hauschlüssels bei sonstiger Exekution und zur Bezahlung der Prozesskosten. Der Hausherr legte Berufung ein.

Das Kreisgericht hatte nun in zweiter Instanz über die Sache zu entscheiden und hob das erstinstanzliche Urteil auf, indem es selbst dahin zu Recht erkannte, daß die Klage des Mieters abgewiesen werde. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Mieter zwar unbestritten das Recht habe, jederzeit Zugang zu den gemieteten Räumen zu erhalten. Doch gebe es keine Bestimmung darüber, in welcher Art dies zu geschehen habe. Der Hausherr habe also das Recht, nach eigenem Ermessen darüber zu entscheiden, ob er seinen Mietern einen Hauschlüssel ausfolgen wolle oder nicht. Sofern er sich nicht im Mietvertrag ausdrücklich durch besondere Vereinbarung dazu verpflichtet habe. Das ist im vorliegenden Fall nicht geschehen. Daraus daß der Mieter vorher einen Hauschlüssel erhalten habe, könne er noch nicht das Recht ableiten, auch in Zukunft einen solchen zu beanspruchen. rh.

Sport • Spiel • Körnerplene

Unentchieden und Sieg zwischen Oesterreich und Ungarn.

Um die Europa Fußballmeisterschaft der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale hat sich wie schon zur, herabsetzt — die ungarische Landesmannschaft der Arbeiter-Fußballspieler am 6. und 8. Jänner in Wien zu ihrem Spiel der ersten und zweiten Runde gegen Oesterreich. Die Ungarn haben mit ihren Leistungen die höchsten Erwartungen übertroffen und einen großartigen Erfolg errungen.

Die Wiener waren von den Leistungen der Ungarn am Freitag — das Treffen endete 4:1 — so begeistert, daß die ungarischen Spieler am Samstag nicht minder herzlich als die Oesterreicher mit Beifall bedacht wurden. Da, man hob sie auf die Schultern und sang sie vor Begeisterung vom Platz.

Das erste Spiel hatte eine sehr gute Presse gefunden, und so waren 12.000 Zuschauer am Sonntag erschienen, um die Ungarn zu bewundern. Sie sind wieder voll auf ihre Rollen gekommen, trotzdem

die ungarische Mannschaft unterlag. Beide Mannschaften hatten verschiedene Spieler ausgewechselt. Die Oesterreichische Mannschaft war dadurch etwas stärker geworden. Auch die Umstellung bei den Ungarn hatte für diese Mannschaft keine Nachteile. Oesterreich war im Stellungsspiel und in der Technik etwas besser, was die Ungarn, wie am Freitag, durch großen Eifer und Schnelligkeit ausglich.

Spielverlauf: Das Tor der ersten Halbzeit für Oesterreich fiel durch den linken Verbindler Jyereich (Watzner), der den Ball aus der Luft übernahm und unhaltsbar einschob. Nach der Pause begannen die Ungarn wieder mit kräftigen Vorstößen und ließen die Oesterreicher nicht zur Entfaltung kommen. Es dauerte lange Zeit, ehe sich Oesterreich von der Drangperiode der Ungarn befreien kann und der Oesterreichische Rechtsaußen Ehrenberger den Stand auf 2:0 erhob. Sechs Minuten später erzielte Ungarn durch Boff das erste und leider einzige Tor, obwohl Gelegenheiten genug vorhanden waren. Vier Minuten vor Schluß schob Bodats für Oesterreich den dritten Treffer. Oesterreich legte 3:1 (1:0) und erzielte ein Gesamtergebnis von 9:4. Das Spiel leitete Genosse Hummer (München) ab.

Das Vorspiel zum Ländertampfe am Sonntag bestritten die

Tschechischen Arbeitersfußballteams von Nieder-Oesterreich und Wien.

das mit einem 3:2 (2:1)-Erfolg für Wien endete. Das Treffen verlief sehr flott, man sah einige hübsche Sätze, doch hätte ein Unentschieden dem Spiel viel besser entsprochen.

Die Wiener „Tsch. Sp.“ schied: u. a.: Nach dem großartigen Match vom Freitag erwartete man kaum eine ähnliche zweite Leistung, aber der sonntägige Kampf vermachte ebenfalls sehr zu befriedigen. Mit Rücksicht auf die außergewöhnlich schlechten Bodenverhältnisse können die gezeigten Leistungen nicht genug gelobt werden. Der Ausgang des Spieles war diesmal für die Ungarn weniger günstig als am Freitag, aber wenn sie aus den beiden Kämpfen auch nur einen Punkt herausgeholt haben, so haben sie außerdem in Wien auch noch sehr viel an Wertschätzung gewonnen. Das Beste der zwei Begegnungen war aber zweifellos die letzte Viertelstunde im sonntägigen Spiel. Unvergleichlich löste ein Angriff den anderen ab, die Mannschaften kämpften mit einer Majanz, als ob sie erst das Spielfeld betreten hätten; es war ein Endkampf, der begeistert.

Der Wiener „Abend“ berichtet u. a.: Die Ungarn spielen abermals sehr gut und sind ein großer Gewinn für den Europapokal. Sie kämpfen wieder mit größtem Eifer dabei aber musterhaftig fair und verstärken den guten Eindruck, den sie schon im ersten Kampf hinterlassen hatten.

Stand der mitteleuropäischen Zone.

Land	Spieler	Tore	Weniger	Weniger	Weniger
Oesterreich	3	2	1	0	5
Deutschland	3	2	0	1	4
Ungarn	2	0	1	1	1
Polen	1	0	0	1	0
Tschechoslowakei (Klub)	1	0	0	1	0

Im Fieber gegen Polen oder die Tschechoslowakei.

Die Oesterreichischen Arbeitersfußballer haben sich entschlossen, den nächsten Europameisterschaftskampf schon am 26. Fieber in Wien durchzuführen. Als Gegner kommen Polen oder die Tschechoslowakei in Betracht, in erster Linie aber Polen.

Vereinsnachrichten

Stilms. Am Sonntag, den 15. Jänner, veranstaltete die Bezirksleitung II Gau NW für Wintertouristen des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ im Gebiete Kollendorfer wiederum einen Zirkus für Anfänger Treffpunkt: 10 Uhr früh beim Naturfreundehaus Kollendorfer. Der Kurs ist allgemein zugänglich und kostenlos, es wird lediglich eine Einheitsgebühr von 1.50 K für Mitglieder und 3 K für Nichtmitglieder eingehoben. Vorherige Meldung erforderlich bei Genossen Jungl, Marktplatz 11 (Geschäftsstelle des Zv „Die Naturfreunde“). „Gute Anfälle durch Schulung vor“, niemand verläumt diese Gelegenheiten!

Kunst und Wissen

Wochenplan des Neuen deutschen Theaters. Mittwoch halb 8 Uhr: „Vor Sonnenuntergang“ (B 2). — Donnerstag 8 Uhr: „Salome“ (C 2). — Freitag 8 Uhr: „Holsäpulus“ (D 2). — Samstag halb 8 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“ (A 1).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Mittwoch 8 Uhr: „Vergeld laß“ (Sanitätsbeamten II). — Donnerstag halb 8 Uhr: „Ein Held gesucht“ (Erfassung). — Freitag 8 Uhr: „Zusammen ein Geheimnis“, „Rosenkavalier“, „Walzer“, „Gründerlein sein“ (Kulturverbandsfreunde). — Samstag 8 Uhr: „Ein Held gesucht“.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag. Donnerstag, den 12. Jänner, abends 8 Uhr, im Obdorsch dum, Vegetar. Sa, Sitzung der Bezirksvertretung.

Der Film

Kaiserlieben. Also haben sie uns doch noch den Kaiser Josef beherrt; unsere Genjur hat allerdings den Staat gegen diesen „Angriff“ schützen müssen und darum den Film solange verboten, bis ihn der zähe Verleiher vielleicht auch einer der Vertreter nationaler Filmbelegung der Tschechen) sozusagen operierte: was das Original „Kaiser Josef“ sagt, da griff die Zensur ein und man hört jetzt mit neuer, sogar Stimme und ganz bescheiden „Fürst Josef“; die Habsburger-Restaurations ist also abgewehrt, um mehr handelt es sich den beamteten Kulturbürokraten nicht. Dieser Film ist eine tiefe Monarchistenpropaganda. Janzen, der Tenor, spielt den „Fürsten Josef“ mit dem dazu gehörigen lächerlichen Pathos und singt sich und andern was von Liebe, der einzigen Sorge dieser Welt; Anita Hörbiger ist jener Mann aus dem Volke, an dem uns die Produktion die Kaiserliebe demonstriert, und Pläne bald ist das ewig lachende Vindgliedert zwischen allen.

S. J. S.

Mittwoch, um acht Uhr abends in unserem Heim am Fagnerplatz

Generalversammlung mit Neuwahlen. Volkstümliches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht aller Mitglieder. Die Ortsgruppenleitung.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

bis einschließlich Donnerstag, den 12. Jänner 1933.

- Urania: „Der Draufgänger“
- Adria: „Anton Speier — der Schwarzhäute“
- Alfa: „Bring sie lebend heim“ — Veränker: „Schwehler Angelika“
- Fönix: „Ein blonder Traum“
- Flora: „Petra Rejholer“ — Gannont: „Kinder der großen Liebe“
- Hollywood: „Die oder keine“
- Hoosda: „Anton Speier — der Schwarzhäute“
- Julius: „Es war einmal ein Walzer“ — Kapitäl: „Melodie der Liebe“
- Kinema, A. Th.: „Journ. Report, Groteske. Ab halb 11 bis halb 2“
- Koruna: „Im Namen des Gesetzes“
- Kotva: „Hochzeitstorte zu dritt“
- Lucerna: „Hochzeitstorte zu dritt“
- Metro: „Ein Mann mit Herz“
- Olympie: „Ein blonder Traum“
- Pastöge: „Ein Mann mit Temperament“
- Praha: „Um Red und Ehre“
- Radio: „Riti“
- Slant: „Häufigenleben“
- Svoboda: „Ein Mann mit Herz“
- Alma: „Hölzerne Kreuze“
- Wolton: „Häufigenleben“
- Vajsal: „Riti“
- Favorit: „Schwehler Angelika“
- Souditz: „Vergeßene Patrioten“
- Vido: „Gitta hat ihr Herz erndet“
- Vouvre: „Schwehler Angelika“
- Racosa: „Schwehler Angelika“
- Verstyn: „Petra Rejholer“
- Kozj: „Der weiße Rauch“
- Goldel: „Petra Rejholer“
- Academia: „Melodie der Liebe“
- Seibere: „Silgi, eine von uns“
- Veleda: „Petra Rejholer“
- Carlton: „Petra Rejholer“
- Alusion: „Gold oder Leben“
- Sport-Swiss: „Kanal und Fall“
- U Vejvod: „Vor der Natura“
- Zvon: „Kanal und Fall“

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag

Heute Mittwoch, 11. Jänner, halb acht Uhr abends im Hotel „Mouquet“ (gegenüber Anstaltsseite des Majarskubahnhofes)

Mitgliederversammlung

mit Vortrag des Genossen Karl Kern über das Thema

„Probleme der Jugend“

Kommet alle und agitiert für einen zahlreichen Besuch! Gütlich willkommen!

Literatur

„Das Buch über mich selbst.“ Jahrt des Kampfes. Von Theodor Dreiser. Paul Hainan Verlag Wien. Theodor Dreiser, der wohlberühmte amerikanische Schriftsteller, läßt mit diesem Bande das zweite seiner autobiographischen Bücher folgen. Das erste Band umfaßte seine Kinder- und Jugendjahre, in dem vorliegenden erzählt er von einem Exzessiven und Kämpfer als Jüngling und Mann bis zu seinem Eintritt ins literarische Leben. Er erzählt mit jener epischen Breite, die auch keine Romane aufweisen und die in diesem Falle ein glänzendes Gedächtnis beweist, denn er berichtet über alle Einzelheiten und Eindrücke während dieser Zeit mit der wunderbaren Genauigkeit. Über 700 Seiten umfaßt das Buch, aber es ist nicht eine Seite darin, die man als „rote Stelle“ empfinden könnte. Wir erfahren, wie frühzeitig vage Träume von irgend künftigen Schaffen in seiner Seele keimen, obwohl er seine Laufbahn sozusagen als Lumpenproletariat, wie er selbst sagt, beginnt, das heißt, daß er keine besondere Beachtung hat und sich als Einfallert für ein Möbelgeschäft mühselig durchschlägt. Er treibt sich in Chicago herum, lernt Döber und Tichen des Lebens, dieses „brüllenden, tobenden, leuchtenden Strudels von Leben“ kennen, immer hat er offene Augen und bald kommt ihm der Entschluß, Harum, Greißel du nicht über diese Dinge? Er beginnt auch bald kleine Skizzen zu improvisieren. Verse, Prosa, die überhöhmenden Worte seiner Seele. Auch verliert er, seine Gedanken zu Papier zu bringen, immer von dem literarischen Wunsch befeuert vorwärtszukommen, doch hat er damit kein Glück, seine ersten literarischen Ergüsse wendern in irgendeiner Zeitungredaktion in einem Papierkorb allmählich formt sich in ihm der Wunsch, Reporter zu werden, allerdings waren damals keine Lebenserkenntnisse sehr gering. Dreiser muß lange auf die Erfüllung seines Traumes warten, schlägt sich in verschiedenen Stellungen herum, sucht aber immer wieder Zeitungredaktionen auf, um dort ein Unterkommen in einer kleinen Redaktionen zugeordnet Stellung zu finden. Diese Schicksale sind sehr hart. Mit Offenheit und Begeisterung berichtet er von seiner Schwärmereien als Jüngling, von seinen Kämpfen als Mann und von den Vorjahren in seinem Wiener Hause, wo die Verhältnisse solche waren, daß er als schwere Last empfand. Sehr empfindsam trägt er sich wund an den harten Kämpfen des Lebens und urteilt „So viele Menschen waren handgemein, es anzufachen und noch mehr Menschen waren nicht glücklich, nicht glücklich“. Diese Welt konnte man nicht ertragen, wenn man sie durch die Brille der Phantastik sah — sonst nicht“. Alle Hoffnungen schiedet ihn nicht ab, es treibt ihn stets auf neue zur Welt, in der er die Gründe zur Erfüllung seiner Traumwünsche erblickt. Endlich gelingt es ihm und man lernt er bei seiner Beschäftigung viel von den Nachfolgern der Welt kennen und erschüttert von dem Anblick des sozialen Elends trägt er, der damals noch gläubig war, ob das die Schuld Gottes oder der menschlichen Gesellschaft sei. „Ich kannte diese Dilemma nicht lösen“. Menschengehick: er mit niedrigen Stimm, in Lumpen, nach ihm stinkend mit vernachlässigtem Körper, Haut und Knochen, viele mit bläulichen Rippen, die Haut wie schlotternd gefleht und krank, verleiht auf der anderen Seite, sozusagen auf der Sonnenseite des Lebens, folgerten die selbstbewußten, literarischen Herren der Fleischindustrie, in deren Gefächern sich der menschenverdorbene Egoismus mahte und deren Kleidung aufwendig und prächtig war“. Noch ein anderes letztes Zeile in seinem Verfaße kennen: die Verderben der bürgerlichen Zeitungindustrie, über die es bekanntlich später ein eigenes Buch geschrieben hat. Das Lebenskenntnis Theodor Dreisers ergibt ein merkwürdiges Buch, dessen Bedeutung weit über einer persönlichen Lebensgeschichte hinausreicht, denn es vermittelt eine gute Kenntnis der sozialen Zustände Amerikas jener Zeit.